

NATO RAUS AUS DEM BALKAN! MILSOSEVIC RAUS AUS DEM KOSOVO!

Alles über den Krieg: Schluß mit den NATO-Bomben! ★ Marxisten und Krieg ★ Die Linke und der Krieg ★ Nazis gegen den Krieg? ★ Deutsche Waffen morden immer noch in Kurdistan

Sowie:

- Schröder und die Bosse
- Nazis und die soziale Frage
- Doppelpass
- Einheitsfront
- "Terror der Ökonomie" und mehr!





Editorial

Wir Marxisten sehen, daß der Imperialismus den Krieg immer als ein Mittel der Politik einsetzen wird. Die Reformisten erklärten, daß im modernen Imperialismus die Konzerne immer globaler agieren und daher kein Interesse mehr hätten, daß die Länder untereinander Kriege führen.

Nach wie vor aber existieren die nationalen Widersprüche. Es gibt zwar einen Drang zur Globalisierung der Konzerne, andererseits suchen diese aber gleichzeitig eine Verstärkung ihres sie schützenden "Heimat"landes.

Globalisierung und Krieg existieren nebeneinander her. Die marxistische Analyse hat sich im Balkan tragischerweise wieder bestätigt. Die Linke müßte also auf Grund ihrer richtigen Analyse Zulauf erhalten.

Sie ist einstmals angetreten, um die Mörder dieser Welt zu bekämpfen, um eine Welt aufzubauen, in der niemand mehr den anderen quält.

Was ist davon geblieben? Im Kosovo-Krieg schlagen sich bis auf eine verschwindend kleine Minderheit alle direkt oder indirekt auf die Seite von dem subimperialistischen Völkermörder Milosevic und seinem Schlächter Arkan.

Bei den Stalinisten konnte schon immer kein Verbrechen groß genug sein, daß sie Stalin verteidigten. Da ist ihr jetziges Verhalten logisch. Aber auch viele andere Linke geben leider indirekt durch eine einseitige Verurteilung der NATO den Völkermördern von Belgrad Rücken-deckung.

Viele Friedensaktivisten verließen schon die Demos wegen der Einseitigkeit der Linken, die zu einer Unterstützung der nationalistischen Serben und deren Verleugnung des Völkermordes an den Kosovaren führt.

Mit der einseitigen Haltung kann man andere Linke ansprechen, nicht aber eine potentielle Masse, die vielleicht in der Zukunft aufwacht.

Die Linke gehört an die Seite der 50.000 Deserteure, dann könnte es auch eine balkanische Arbeiterrepublik geben.

**NATO raus aus dem Balkan!
Belgrad raus aus Kosovo!
Linke rein in die ISI!**

INHALT

- 2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen
- Notizen des Monats**
- 3 Die Linke auf dem Weg nach Rechts
Rot/Grün:
Arbeitsverbot für Asylbewerber bleibt!
- Titelthema: KRIEG IN EUROPA**
- 4 Schluß mit den NATO-Bomben
- 5 Die Grünen und der Krieg
Zitate aus der Zeit vor dem Wahlsieg
- 6 Sozialisten und Krieg
- 8 Die Linke und der Frieden
- 10 Nazis gegen den Krieg?
- 12 Rot/Grün: Weiter Waffenlieferungen in die Türkei
- Serie: Rot/Grün an der Regierung**
- 14 »Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser.«
Schröder und das Kapital
- 16 Doppelpass noch nicht am Ende!
- Nazis**
- 18 Die Nazis, das Kapital und die soziale Frage
- Theorie**
- 21 Marxismus für Einsteiger: Einheitsfront
- 23 Arbeitszeitflexibilisierung: Wem nutzt sie?
- Buchbesprechung**
- 24 Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie
- 27 Ortsgruppen ★ Termine
Veranstaltungen ★ Grundsätze
- 28 Rückseite: Stoppt die NATO-Bomben!



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes
und Kontakt:
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K ln
Tel.: 0221/760 41 00
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- e
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- e
(6 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:
Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555
Hamm: Lynn · 0 23 85 / 20 01
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796
Wuppertal: Britta und Bernd · 0202 / 26 22 524
Lübeck über Köln

email: klassenkampf@netcologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Die Linke auf dem Weg nach Rechts

Es scheint sich leider zu bewahrheiten, daß diese Rubrik eine regelmäßige im Klassenkampf zu werden scheint. Horst Mahler, ehemaliger maoistischer SDS'ler und RAF-Mitglied, versucht ein Comeback bei der NPD. Es ist geplant, daß er auf dem Landesparteitag der NPD in Stuttgart eine politische Grundsatzrede halten soll.

Diesmal geht es hauptsächlich um einige "Genossen" der PDS. Da plädierte schon am 7. Mai 1996 die Vorsitzende der PDS im Muldentalkreis Christine Ostrowski und ihr Mitarbeiter Ronald Weckesser für eine Neuorientierung der PDS nach dem "strategischen Vorbild der CSU". Unter anderem stellten sie die Forderung nach Einwanderungsquoten statt "offene Grenzen". Der sächsische Landesvorstand stellte sich in seiner Mehrheit hinter Ostrowski und Weckesser.

Seit September 1998 sitzt Ostrowski nun für die PDS im Bundestag. Genau dieselbe Ostrowski war es, die vor ein paar Jahren von sich reden machte, als sie sich mit Mitgliedern der Nationalen Offensive traf und später überraschende Gemeinsamkeiten festgestellt hatte. Das dies kein "Ausrutscher" war, zeigt, daß sie z.B. auch ein Treffen mit dem deutschnationalen Geschichtsrevisionisten und Ökofaschisten Alfred Mechttersheimer (übrigens Mitbegründer der Grünen) hatte.

Aber nun gut, die eine trifft sich mit Rechten, der andere verbreitet lieber selber rechte Sprüche. Nach Meinung von Vorstandsmitglied Lutz Manke herrscht in der sächsischen PDS die Ansicht vor, "nun ist das Boot aber wirklich voll". Laut Manke geht man aber eigentlich dem unbequemen Thema Rassismus lieber aus dem Weg. Aber das ist wohl auch die beste Methode, wenn man selber Dreck am stecken hat.

Denn auch der stellvertretende PDS-Bürgermeister der Stadt Grimma und Leiter der dortigen Asylbewerberunterkunft, Wolfgang Bludau, ist ein trauriges Beispiel für rassistisches Gedankengut innerhalb der PDS. Dieser richtete ein Schreiben an den Landtagsabgeordneten Klaus Bartl (PDS) über die "Herren Ausländer". Dort plädiert er dafür, daß Asylbewerber für die Dauer ihres

Verfahrens eine allgemeinnützige Arbeit in den Kommunen zu verrichten haben oder bei »Verstößen gegen die Prinzipien der menschlichen Moral und Ethik« (!?!) sofort und rücksichtslos abgeschoben werden sollen. Außerdem will Bludau sichergestellt haben, daß er seinen »christlichen Glauben hier leben kann und nicht der Angst unterliegen muss, durch den Moslem tyrannisiert zu werden«. Gänzlich als Rechter aber outet er sich mit der Behauptung, Asylbewerber fehle es an nichts, »dafür verführen sie unsere deutschen Kinder mit Drogen und

anderen Giften« und »führen ein fettes, sorgloses Leben auf Kosten der hier lebenden Menschen«, so Bludau.

Dem Schreiber dieser Zeilen ist leider nicht bekannt, ob Bludaus rassistische Äußerungen eine Mehrheit in der (sächsischen) PDS finden. Bekannt ist aber, daß Bludau immer noch stellvertretender Bürgermeister für die PDS in Grimma ist und weiterhin ein Flüchtlingsheim leitet! Grimma liegt übrigens im Muldentalkreis. Genau... die Vorsitzende der dortigen PDS ist Kerstin Koeditz...

Rot/Grün: Arbeitsverbot für Asylbewerber bleibt bestehen

Am 20. Juni 1997 setzte der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm das Arbeitsverbot für Asylbewerber in Bundestag als Gesetz durch. Damals noch in der Opposition, wettete die SPD gegen diese Entscheidung. Eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Bundestag bezog damals Stellung: »Das Arbeitsverbot für neu eingereiste Asylbewerber wird keinen Deut dazu beitragen, die Massenarbeitslosigkeit zu lindern.« Statt dessen »erhalten all diejenigen Zulauf, die Asylbewerber als "Schmarotzer" und als "Schlingel" einstufen.«

Auf Anfrage der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hält das Arbeitsministerium, nun unter der Leitung von SPD-Mitglied Walter Riester, an dem rassistischen Arbeitsverbot fest. Die Begründung ist dieselbe, die 1997 kritisiert wurde: »Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für neue Personengruppen würde Bemühungen um den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit konterkarieren.«

»Wie kann das unter einer SPD-Regierung möglich sein?«, fragte Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann in der 'Frankfurter Rundschau' vom 5.3.99. »Wider besseres Wissen versuche

das Ministerium offenbar Stammtische zu bedienen.«

Die Antwort auf Herrn Kauffmanns Frage ist einfach. Die SPD hat das Regierungsamt nicht als Partei der Reformen und der Zurücknahme der Kürzungs- und Spaltungspolitik Kohl angetreten. In Zeiten der Dauerkrise, in der das Kapital es sich nicht leisten kann, den Arbeitern auch nur kleinste Verbesserungen zuzugestehen, ist die SPD angetreten, um die Umverteilung von unten nach oben zu beschleunigen. Hierzu ist staatlich geförderter Rassismus unerlässlich, damit den Arbeitern ein potentiell Feindbild angeboten werden kann, das von den Versäumnissen des Systems ablenkt.

Der Rassismus ist für den Kapitalismus ein wichtiges Werkzeug, um die Arbeiterklasse zu spalten. Die dicken Backen, die die SPD in der Opposition noch gemacht hat, dienen nur dazu, die Kollegen glauben zu machen, daß die SPD positive Veränderungen für sie bringen wird.

Die Grünen haben sich immer als "Ausländerfreunde" dargestellt und schämen sich nicht, diese rassistische Ekel-Politik mitzutragen.

Weg mit dem rassistischen Arbeitsverbot für



Das Massaker von Racak - passierte lange vor den NATO-Bombardierungen

Fortsetzung von Rückseite

Schluß mit

Mit diesem Grufti-Quatsch wird den Palästinensern ein Heimatrecht verweigert und somit die Flamme des Krieges im vorderen Orient heiß gehalten. Den Arbeitern hilft der Nationalismus auch kein bißchen. Er hilft nur Milosevic. Die serbischen Arbeiter sind selber wie die Kosovaren von ihm unterdrückt und müssen ihre Gewehre gegen ihn richten.

Soll der Balkan auch ewig brennen? Sind die Leiden in Slowenien, Kroatien und Bosnien immer noch nicht genug?

Der Boden gehört denen, die dort wohnen und arbeiten, und das sind heute die Kosovaren. Deshalb muß jeder friedliebende Serbe und Russe heute fordern:

Belgrad raus aus dem Kosovo!

Schluß mit der Abschlachterei der Kosovaren!

Aber das fordert heute doch nur eine verschwindend kleine Minderheit von Serben. Dass die Albaner von Milosevic vertrieben werden, damit ist doch eine große Mehrheit einverstanden. Die Forderung ist doch utopisch, damit ist den Menschen im Kosovo momentan überhaupt nicht geholfen, werden viele einwenden.

Richtig. Aber der Imperialismus will und kann auch nicht den Menschen helfen. Hilft er in Kurdistan oder Osttimor? Hilft er den Kindern in der Welt, von denen jeden Tag 50.000 verhungern müssen? Hilft er den Menschen in Liberia oder in Afghanistan?

Nein. Wenn der Imperialismus ein Geschäft mit Mördern wittert, wie jetzt mit dem persischen Henker Chatami, dann geht er dafür über Leichen.

»Eine ganze Reihe von

Kongressen dieser Herrschaften schwelgt schon im Vorgeschmack der Profite, die bei einem Sieg der Zarenarmee in ihre Taschen fließen werden«,

schrrieb Lenin schon im 1. Weltkrieg über die russische Bourgeoisie. In Rest-Jugoslawien wollen die Russen und die Amis oder die Europäer Geschäfte machen, und stehen sich dabei gegenseitig auf den Füßen.

Die Menschen am Ende der imperialistischen Epoche gehören zu einer verlorenen Generation. Es wäre auch absurd, gerade vom Imperialismus, der dieses ganze Leid in der Welt schafft, zu erwarten, daß er dieses Leid auch wieder aus der Welt schafft.

Die Kosovaren müssen vor dem Völkermörder Milosevic ihren Kopf retten und die Beine in die Hand nehmen. Der Westen muß sie nach ihrer Wahl aufnehmen.

Wir Arbeiter können nur langfristig helfen. Da haben wir eine klare und unumkehrbare Antwort. Der Balkan ist ein ethnologischer Flickenteppich. Solange es Imperialismus gibt, wird es Konkurrenz geben und gegnerischen Nationalismus. Dieser bedeutet für den Balkan: Alle gegen alle. Wer zuerst dem anderen den Kopf einschlägt, hat gewonnen.

Deshalb liegt die Lösung besonders für den Balkan schon heute nur in der Erkenntnis, daß die Grenzen zwischen oben und unten verlaufen, nicht zwischen den Nationen. Alle Arbeiter des Balkans, egal ob Bulgaren, Serben, Rumänen, Bosnier, Albaner oder Türken müssen gemeinsam gegen die herrschenden Kapitalisten auftreten und eine gemeinsame balkanische Sowjetrepublik aufbauen, in der alle gleichberechtigt sind.

Ihre gemeinsamen Interessen lernen die Arbeiter im sozialen Kampf kennen. Deshalb gilt es, die Streikkämpfe, die ab und zu in der Region aufflackern, massiv zu unterstützen.

Den sich feindlich gegenüberstehenden Soldaten wollen wir heute schon zurufen: Macht Schluß mit der Schlächtere

Schritt:

Schluß mit den NATO-Bomben!

Bedingungslose Kapitulation!

Unterstützung der Vertriebenen nach ihrer eigenen Wahl.

Und Milosevic und seine Clique? Sie könnten doch dann weiter die Kosovaren abschlachten und ihnen das Recht auf eigenständige nationale Entwicklung vorenthalten? Sie hatten schon lange vor den NATO-Bombardements die Kosovaren unterdrückt, Frauen vergewaltigt und Zivilpersonen abgeschlachtet. Sie hatten ihnen schon 1989 die wenige Autonomie, die sie hatten, genommen.

Deshalb müssen die serbischen Arbeiter ihren bürgerlichen Mummenschanz vom "serbischen" Boden des Kosovo aufgeben. Für Sozialisten gibt es keine Eigentumsrechte, schon gar keine 1.000 Jahre alten.

den NATO-Bomben!



Im Kapitalismus wird es nie wieder Frieden auf dem Flickenteppich Balkan geben!

Serbien und im Kosovo. Wendet Eure Waffen nicht gegen Kinder und Frauen, sondern gegen Eure Offiziere - auf beiden Seiten der Front.

Die Arbeiter sind auch international Brüder und Schwestern. Sie dürfen sich nicht zu den Handlangern der russischen oder amerikanischen Geschäftemacher machen.

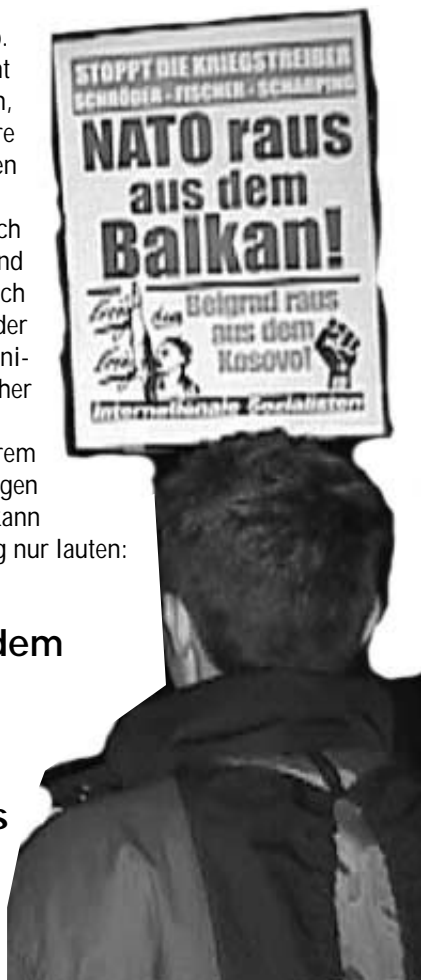
Unabhängig von ihrem jeweiligen Schwerpunkt gegen ihre herrschende Klasse kann ihre gemeinsame Forderung nur lauten:

NATO raus aus dem Balkan!

- bedingungslos -

Belgrad raus aus dem Kosovo!

- bedingungslos -



Die Grünen und der Krieg - vor dem Wahlsieg

Zitate aus dem Bundestagswahlprogramm 1998 Bündnis 90/Die Grünen:

»Wir brauchen ein neues Verständnis von Außenpolitik, damit wir mit den noch unvorhersehbaren Folgen unseres Handelns verantwortlich umgehen lernen.«

Die Doktrin der NATO,

»weltweit Schutz vor "Destabilisierung" zu bieten, programmiert bewaffnete Abenteuer, in die auch Deutschland hineingezogen werden könnte. Bündnis 90/Die Grünen akzeptieren nicht, da die NATO ihre Rolle zu Lasten der UNO und der OSZE ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen.«

»Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee durch den Aufbau von Kriseninterventionskräften und Offensivwaffen wie den "Eurofighter" ab.«

»Bündnis 90/Die Grünen tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.«

»Obwohl der Kalte Krieg vorbei ist, hat sie [die alte Bundesregierung] nicht ab-, sondern teuer ungenutzt. Der Krieg in Bosnien und das Versagen Europas dort wurden genutzt, um die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr zu entgrenzen.«

»Grüne Außenpolitik orientiert sich an folgenden Leitbildern: ... [u.a.] der Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Politik.«

Joschka Fischer kennt die Methode ...

»Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, da die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salami-Taktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen.«

(Joschka Fischer, heute Außenminister, am 30.12.1994 in 'Die Woche')

Die Ziele der Bundeswehr:

»Aufrechterhaltung des freien Welthandels und

SOZIALISTEN UND KRIEG

★ BRITTA REGENITER

Fortschrittlicher Krieg

In der Menschheitsgeschichte konnte eine neue, bessere Gesellschaft nur dadurch entstehen, daß es Krieg einer Gesellschaftsklasse gegen eine andere gab, und die fortschrittliche Klasse die alte Gesellschaft und ihre herrschende Klasse mit Gewalt abschaffte. Ohne Gewaltandrohung gibt eine privilegierte Klasse ihre Privilegien nicht auf. Mit anderen Worten: es gibt Kriege, die fortschrittlich sind, dazu gehörten z.B. der Kampf der Sklaven gegen ihre Sklavenhalter, der Kampf Leibeigener gegen die Gutsbesitzer und der Klassenkampf der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Ohne diese Kriege hätte es keine geschichtliche Weiterentwicklung der Menschheit geben können.

Rückschrittlicher Krieg

Auch der Kapitalismus war fortschrittlich. Durch ihn wurde die Industrie soweit entwickelt, daß heute alle Menschen im Wohlstand leben könnten.

Heute ist der Kapitalismus rückschrittlich, reaktionär, destruktiv. Eine handvoll Menschen besitzt die halbe Welt, während Millionen andere täglich vor Hunger und Elend verrecken, auf der Straße leben oder ihr Leben lang schufteln müssen, um überhaupt leben zu können, und das alles obwohl der Luxus reichen würde, die gesamte Menschheit zu versorgen, und das mit nur wenigen Stunden Arbeit täglich, statt dessen herrscht Massenarbeitslosigkeit, verelendet, verarmt und verhungert der eine Teil der Lohnabhängigen, während die anderen sich für wenig Geld kaputtarbeiten.

Wieso das alles?

Der Motor des Kapitalismus ist der Profit. Wenn die untereinander in Konkurrenz stehenden Unternehmen nicht genug Profite auf Kosten der Arbeiter machen, gehen sie kaputt. Um konkurrenzfähig zu bleiben und möglichst wenig Kosten zu haben, müssen die Unternehmer rationalisieren, schnellere und kostensparende Maschinen anschaffen. Arbeiter werden entlassen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Leute können immer weniger kaufen, weil das

Geld fehlt. Überproduktionskrisen entstehen, weil die Marktkonkurrenten planlos "drauflosproduzieren" und die Waren nicht verkauft werden können. Wieder müssen Angestellte entlassen werden. Die Absatzmärkte werden enger - die Kapitalisten der einzelnen Länder müssen zusehen, daß sie auch in anderen Ländern ihre Profite machen können, aber da stehen sie in Konkurrenz mit anderen Ländern, und bald haben wir einen Handelskrieg.

Lenin schrieb dazu »Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte soweit entwickelt, da der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahrelanger, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der Großen um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.«

Der Imperialismus, die Ausbeutung schwächerer Länder durch stärkere, dient der Aufrechterhaltung des maroden gewordenen Kapitalismus. Er dient mit Hilfe von Krieg der Besitzergreifung von neuen Märkten, Rohstoffquellen und Einflußsphären.

»Die Ziele der Bundeswehr: Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt...«
(aus: Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundeswehr vom 26.11.1992)

Nach außen hin gerechtfertigt werden imperialistische Kriege mit "der Sicherung des Friedens gegen die Aggressoren", "der Verteidigung des Vaterlandes" oder "der Verteidigung der Demokratie".

»Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, da die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamtaktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des

vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen.«
(Joschka Fischer am 30.12.1994 in 'Die Woche').

Wie verhalten Sozialisten sich zu Kriegen?

Da ein Krieg zwischen Imperialisten oder einem Imperialist und einer anderen Nation absolut rückschrittlich ist, müssen sich Sozialisten klar und öffentlich gegen diesen Krieg stellen, und der zentrale Aufruf muß lauten: »Arbeiter, richtet eure Waffen nicht gegen die Kollegen aus den anderen Ländern, sondern gegen die Kapitalisten im eigenen Land, die euch ausbeuten und betrogen.«

Solch ein Krieg widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse und spaltet sie in Arbeiter verschiedener Nationen, die sich feindlich gegenüber stehen, obwohl sie objektiv das gleiche Interesse haben und nur vereint dafür kämpfen können.

»Die Arbeiter haben kein Vaterland.« (Karl Marx)

Lenin macht unsere Haltung zum ungerechten Krieg an folgendem Beispiel klar:

»Aber stellen wir uns einmal vor, ein Sklavenhalter, Besitzer von 100 Sklaven, liegt im Krieg mit einem anderen Sklavenhalter, Besitzer von 200 Sklaven, um die "gerechtere" Neuaufteilung der Sklaven. Es ist klar, da die Anwendung der Begriffe "Verteidigungskrieg" oder "Vaterlandsverteidigung" auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre, begangen von gerissenen Sklavenhaltern am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, an der unaufgeklärten Masse.«

Die Losungen der revolutionären Sozialisten lauten (laut Lenin):

- 1. Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg, d.h. bewaffneter Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie.
- 2. Unbedingte Ablehnung von Kriegskrediten.



Der ehemalige Friedenskämpfer Otto Schily

- 3. Völliger Bruch mit der Politik des "nationalen Friedens" (Einschränkungen der Rechte zur Wahrung der nationalen Sicherheit und Einheit).
- 4. Bildung illegaler Organisationen, wenn die verfassungsmäßigen Rechte aufgrund eines Ausnahmezustandes eingeschränkt werden.
- 5. Unterstützung der Verbrüderung unter "feindlichen" Soldaten.
- 6. Unterstützung aller revolutionärer Massenaktionen der Arbeiter.

Auch fortschrittliche Kriege kann es heute noch geben: Kriege unterdrückter Nationen gegen ihren Unterdrücker (die Arbeiter der unterdrückten Nation können dann besser erkennen, daß der Landsmann als Kapitalist sie genauso ausbeutet wie der Imperialist), Krieg der Arbeiter gegen den Kapitalismus und der Arbeiter eines Arbeiterstaates gegen kapitalistische Länder. Solche Kriege gilt es wiederum zu unterstützen.

Die sozialistischen Parteien der unterdrückenden Länder müssen gegen die nationale Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen sein.

Sozialistische Parteien unterdrückter Länder kämpfen insbesondere für den Zusammenschluß der Arbeiter der unterdrückenden und der unterdrückten Nation.

Die Beurteilung eines Krieges - ob fortschrittlich oder reaktionär - geschieht unabhängig von der Frage wer angefangen hat. Die Frage, die wir uns stellen müssen ist: "Welche Klasse führt Krieg mit welchem Ziel?"

Reformisten und Krieg

Sozialisten kämpfen gegen Opportunismus auf allen Ebenen, im Parlament, in Gewerkschaften, bei Streiks und natür-

lich bei Kriegsfragen.

Sozialchauvinismus heißt Sozialismus in Worten und Chauvinismus in Taten, großes Gelaber von Frieden und Demokratie, und Verrat und Verkauf dieser Ziele in der Praxis. Auf die Reformisten (SPD, PDS, Grüne) dürfen wir uns nicht verlassen, denn sie werden uns wie in der Vergangenheit verraten.

Lenin führte weiter aus »der ideologisch-politische Inhalt des Opportunismus und des

Sozialchauvinismus ist ein und derselbe: Zusammenarbeit der Klassen statt Klassenkampf, Verzicht auf revolutionäre Kampfmittel, Unterstützung der eigenen Regierung in einer für sie schwierigen Lage statt Ausnutzung dieser Schwierigkeiten für die Revolution.«*

»Einheit mit den Opportunisten bedeutet jetzt in der Praxis Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die eigene nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also Spaltung des revolutionären Proletariats aller Länder.«*

Pazifismus

Pazifismus bedeutet Machtlosigkeit gegen Gewalt. Wenn ein Mensch Gewalt gegen jemanden anwendet, wird es im Normalfall nicht reichen zu sagen: "Bitte tu' mir nichts." So ist es auch beim Krieg. Gegen Waffengewalt zu sein heißt dagegen zu sein, daß unterdrückte Länder sich effektiv gegen ihre Unterdrückung wehren dürfen, dagegen zu sein, daß die Arbeiter die Produktionsmittel übernehmen und den Kapitalismus zerschlagen, denn die Kapitalisten werden ihre Privilegien, ihren Besitz nicht freiwillig aufgeben. In der Geschichte entstanden neue, fortschrittliche Gesellschaft aus Gewalt - anders geht es nicht.

Pazifismus endet im Reformismus, in der Vorstellung, daß die Probleme des Systems auf friedliche Weise zu lösen sind, daß wir keine Revolution brauchen, daß der Kapitalismus an sich gar nicht so schlimm ist.

Aber wie man an den ehemaligen Pazifisten Fischer und Konsorten erken-

nen kann, müssen sich Pazifisten an der Macht zu Kriegstreibern wenden. Sie bekämpfen nicht das kapitalistische System und müssen letztlich, wenn sie in der Verantwortung stehen, die Logik dieses Systems mittragen.

»Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, da man ihm vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt, und es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegshrenden Länder machen. Insbesondere ist der Gedanke grundfalsch, da ein sogenannter demokratischer Frieden ohne eine Reihe von Revolutionen möglich sei.«*

Wir als Sozialisten sind nicht gegen Frieden, aber wir sind gegen den Kapitalismus heute. Wir hoffen natürlich, daß in den Revolutionen möglichst wenig Blut vergossen wird, und daß die Macht und Masse der vereinten Arbeiterklasse weltweit reichen wird, um die alte Gesellschaft zu zerschlagen und eine neue aufzubauen, aber wir können und dürfen Gewalt nicht ausschließen. Wir sind für die Bewaffnung der Arbeiter, für Arbeitermilizen, für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Der Kapitalismus, der Gewalt tagtäglich hervorbringt, durch die Hierarchien von oben und unten, die Spaltungen in arm und reich, schwarz und weiß, Frau und Mann u.s.w., der Millionen Menschen täglich hungern, erfrieren, an heilbaren Krankheiten sterben läßt, vielfache Kriege produziert, zwingt uns Gewalt als Mittel zu seiner Beseitigung auf und macht es als Mittel legitim. Den Kapitalisten ist jedes Mittel recht, wie wir täglich hören können, sie werden sich nicht von Friedenspredigten oder passivem Widerstand beeindrucken lassen, wie die Geschichte schon vielfach bewiesen hat.

»Wenn der gegenwärtige Krieg bei reaktionären christlichen Sozialisten und bei weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Furcht, nur Abscheu vor jedem Waffengebrauch, vor Blut, Tod u.s.w. erzeugt, so sagen wir: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer ein Schrecken ohne Ende.«*

Als Sozialisten erkennen wir an, daß widerstreitende Klassen (Kapitalisten und

Arbeiter) existieren, und das die herrschende Klasse bewaffnet ist (Polizei, Militär) und ihr Eigentum mit Gewalt verteidigt und ausdehnt (Handelskriege).

Gibt es Demonstrationen gegen den Krieg, so zeigt das, das diese Leute zum Teil seinen reaktionären Charakter erkannt haben. Wir beteiligen uns an solchen Demos mit dem klaren Aufruf zum Klassenkampf.

Krieg dem Krieg

Die Reformisten können keine ausreichenden, konsequenten Antworten zu Kriegen geben, weil sie in der Überzeugung verharren, daß der Kapitalismus an sich friedlich ist, und Konflikte mit Vernunft gelöst werden können. Sie können uns nicht zum Frieden verhelfen, weil sie den destruktiven Charakter des Kapitalismus verleugnen.

Der Motor des Kapitalismus ist der Profit und die Konkurrenz, die jeglicher Vernunft, Menschlichkeit und Solidarität entgegenstehen.

Bürgerliche Wissenschaftler sehen Kriege als Folge vom Destruktionstrieb im Menschen (Freud), Aggression als Instinkt des Menschen, abstrakte Existenz von Gut und Böse (was immer das auch sein soll), politische Macht als potentiellen Auslöser von Mißbrauch und Gewalt.

Das Studium der Geschichte und der verschiedenen Gesellschaftsformen gibt uns Antworten, und kann uns zu Marxisten machen, kann uns konsequente und befriedigende Antworten auf Kriege geben, präsentiert uns die Lösung auf einem goldenen Teller.

Der Kapitalismus hat nicht nur Wohlstand und imperialistische Kriege produziert, sondern auch die Arbeiterklasse, die als einzige in der Lage ist, und deren geschichtliche Aufgabe es ist, eine neue, friedliche Gesellschaft durch eine weltweite Revolution aufzubauen.

Über Massenarbeitslosigkeit und sinkende Profitrate kommen wir zu Handelskriegen und zu militärischen Kriegen, die heute atomare Vernichtung bedeuten.

Deshalb sagen wir:

Krieg dem Krieg!!!

Die Linke und der Frieden

★ HOLGER LAATSCH

Die alljährlichen traditionellen Ostermärsche fanden auch in diesem Jahr statt. Die zunehmende Skepsis und Kritik am "NATO-Einsatz für die Menschenrechte", der aber offenbar das Gegenteil der vorgeschobenen Ziele erreicht, führte zu einer Verdopplung bis Verdreifachung der Teilnehmerzahlen gegenüber dem Vorjahr. In Berlin und Frankfurt gab es die meisten Beteiligungen mit 10.000 und 9.000 Demonstranten. Bei den Ostermärschen an 150 Orten hatten die Demonstranten das Ende der Bombardements gefordert.

Unter den Teilnehmern waren vielerorts nationalistische Serben mit Landesfahnen und Zielscheiben, die aus der serbischen Propaganda bekannt sind. Die forderten, sofort die NATO-Bombardements einzustellen und unterstützten einseitig das Milosevic-Regime.

Die Mehrheit der unorganisierten Ostermarschierer forderte die NATO auf, ihre Raketenangriffe zu stoppen, und die serbische Regierung, die Vertreibung und Ermordung der Kosovaren durch die Militärs sofort zu beenden und alle serbischen Truppen aus dem Kosovo abzuziehen.

Viele Teilnehmer beschwerten sich über die kriegshetzerischen Serben, die sich in Berlin an die Spitze der Demonstration gesetzt hatten und deren nationalistische Parolen nicht zu überhören waren. In Berlin, Köln und Frankfurt verließen viele Teilnehmer frühzeitig die Demonstration, weil die Serben sich als die alleinigen Opfer dargestellt und mit ihren Fahnen Grossserbien gefeiert haben. Und auf dem Podium kam die Lage der Kosovaren so gut wie gar nicht zur Sprache.

Wir müssen die Serben auffordern, ihre Fahnen einzurollen und ihre nationalistischen Parolen zu unterlassen, wenn wir wollen, dass die Friedensbewegung sich vergrössern kann. Der Protest der Friedensaktivisten gegen die einseitige Forderung "NATO raus aus

Jugoslawien", zeigt das unsere Zusatzforderung "Belgrad raus aus dem Kosovo" genau richtig ist.

Die Forderungen der Linken zum Krieg

Dass sowenig auf den Demonstrationen über die Kosovaren gesagt wurde, ist kein Wunder. Schaut man sich die Flugblätter der Stalinisten, wie PDS, DKP und MLPD an, so findet man entweder kein Wort oder nur Lügen über die Vertreibung der Kosovaren. Die PDS schreibt in ihrem Flugblatt sie sei »gegen Krieg und militärische Gewalt« und fordert die Auflösung der NATO. Nirgends wird gegen Milosevic' Krieg gegen die Kosovaren protestiert, und abrüsten soll nur die NATO - niemand fordert die Abrüstung der ehemaligen Ostblockstaaten. Es geht hier, um die Verteidigung Jugoslawiens. Ein Vertreter des Arbeiterbundes sagte auf dem Bündnistreffen für eine Friedensdemonstration, der Krieg gegen die Kosovaren sei eine »innerjugoslawische Angelegenheit«.

Die DKP stellte in einer ihrer Mitteilungen im März dem kurdischen Widerstand den -Zitat! - »albanischen Terror« gegenüber. Ist nur der Widerstand gegen den türkischen Imperialismus gerechtfertigt, nicht aber der Widerstand gegen den Völkermord, den Belgrad begeht?

Und die MLPD forderte:

»Die wichtigste Voraussetzung, um das Flüchtlingselend zu lösen, liegt darin, dass die NATO-Angriffe sofort eingestellt werden.«

Die Solidarität der Stalinisten mit Milosevic entstammt wohl auch daher, dass Serbien ein bürokratisches Land war, das heute noch einen hohen Anteil Staatseigentum an den Produktionsmitteln hat - und damit für sie "fortschrittlich" ist.

Wir Internationale Sozialisten fragen uns, was an der durch die Belgrader Bürokratie veranlasste Abschachtung der

kosovarischen Kollegen fortschrittlich sein soll.

Bei der PDS und der DKP ist vor allem die Sympathie für den panslawistischen Nationalismus der Grund für ihre Solidarität mit Milosevic.

Wir haben gesehen, dass die Stalinisten trotz ihrer Beteuerung für Frieden letztlich Kriegstreiber sind. Sie unterstützen Milosevic und damit seine systematische Tötungs- und Vertreibungspolitik gegenüber den Kosovaren.

Die KPD, die Anhänger und Vasallen vom Albanien Enver Hoxhas, treten scheinbar für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren ein. Nach ihrer Vorstellung soll der Kosovo an Albanien angeschlossen werden. Die KPD verfolgt also das Grossmachtinteresse von Albanien.

Auch wenn die oben genannten Stalinisten für die herrschenden Bürokraten unterschiedlicher Länder sind, vertreten sie doch alle die Theorie des Sozialismus in einem Lande. Mit dem Nationalismus trat auch die nationale Kultur in den Vordergrund. Der Stalinismus hob z.B. die Arbeiter als etwas heroisches, moralisch höherstehendes hervor. So entstand eine stalinistische Kultur und als Gegenstück die feindliche US-Kultur. Seither kämpfen die Stalinisten gegen den US-Kulturimperialismus. Sie hassen alles Amerikanische.

In ihrem Hass bekommen die Stalinisten Unterstützung von deutschen Naziorganisationen. So hat man auch schon in jüngster Zeit auf den Friedensdemonstrationen gemeinsam gegen den US-Imperialismus gekämpft. (siehe Artikel "Nazis gegen den Krieg?", S. 10) Die Nazis für die "deutsche Kultur" und die anderen für die ihrige. Die stalinistische Linke nähert sich den Nazis immer mehr an, und es bleibt zu erwarten, dass sie demnächst wieder gemeinsame Demonstrationen machen.

Ein anderer Teil des linken Spektrums



Rechte vereint mit serbischen Nationalisten auf einer Friedensdemo in München

sind die Pazifisten, die generell gegen Gewalt sind. Sie fordern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die UNO, das UNHCR oder die OSZE. Was die Pazifisten wie Pax Christi, die Gruppe "Mütter gegen Krieg" usw. nicht verstehen, ist, dass mit diesen Institutionen des Kapitals kein Frieden geschaffen werden kann. Wieso?

Jeder Kapitalist ist durch die Konkurrenz gezwungen zu rationalisieren und erhöht den Anteil der Maschinen am Produktionsprozess auf Kosten der Arbeiter. Letztere sind Quelle des Profits, also sinkt der Profit tendenziell. Wir sprechen hierbei vom tendenziellen Fall der Profitrate. Und der zwingt die Kapitalisten, wollen sie ihre Profitrate halten, permanent zu rationalisieren oder zu expandieren. Mittlerweile gibt es keine Märkte mehr, die kapitalisiert werden können. Dieses Dilemma und die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise zwingt die verschiedenen Kapitalisten, ihren Staat militärisch mit der Eroberung neuer Märkte auf Kosten ihrer Konkurrenten zu beauftragen.

Um einen Krieg führen zu können, benötigt das Kapital die Zustimmung der Massen. Denn die werden mit den Medien, die wiederum Kapitalisten gehören, dazu gebracht, dem Balkankrieg zuzustimmen. Sollten irgendwelche Stimmen innerhalb des Parlaments, wie früher die Mehrheit der Grünen, gegen militärische Einsätze sein, wird solange von der Presse gehetzt bis diese einlenken.

Das jüngste Beispiel, in dem diese Taktik erfolgreich vom Kapital durchge-

führt wurde, ist die Atompolitik der Grünen. Zu Beginn hatten sie den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft gefordert. Nach der Verbreitung der Lüge, dass in Deutschland die Lichter ausgingen, wenn die Atomkraftwerke ausgeschaltet würden, war die Mehrheit der Bevölkerung dagegen. Die Grünen mussten alle ihre Forderungen zurücknehmen, weil sie weiterhin gewählt werden wollten. Nach der Hetzkampagne war das Thema Atomausstieg vom Tisch. Genauso lief und läuft es beim Thema Pazifismus. Wenn die Grünen weiter in der Regierungsverantwortung bleiben und bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden wollen, so müssen sie auf dem nächsten Parteitag die letzten Überbleibsel ihres Pazifismus loswerden oder unterordnen.

Derzeit sind 200 pazifistische Mitglieder ausgetreten. Ein anderer Teil der grünen Pazifisten will für seine Position in den Grünen kämpfen, allerdings mit der Einschränkung, die Koalition nicht zu gefährden. Dieser Teil der Pazifisten hat sich dem Kapital somit im Parlament untergeordnet. In der Regierungsverantwortung stehende Pazifisten müssen im Parlament selber zu Kriegstreibern werden, ob sie nun wollen oder nicht.

Wir sehen, dass das Kapital im Staat entscheidet. Die UNO steht völlig unter der Kontrolle der USA. Die USA haben in Kurdistan wegen riesiger Öl- und Erdgasvorkommen und aus militärstrategischen Gründen kein Interesse, dass dort zur Befreiung der kurdischen Bevölkerung die UNO einmarschiert. Ganz im Gegenteil liefern die USA und Deutschland der Türkei die Waffen, um

die kurdische nationale Befreiungsbewegung auszurotten. Im Gegensatz zu Kurdistan zeigt sich, dass die NATO aus rein geostrategischen und ökonomischen Interessen auf dem Balkan agiert. Würden die vertriebenen Kosovaren der NATO am Herzen liegen, dann würden sie nicht die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge in ihren Fäkalien verrecken lassen.

Die Pazifisten wissen, dass die UNO von den USA beherrscht wird und plädieren für eine Reformierung der UNO. Sie wissen aber nicht, wie das bewerkstelligt werden soll und glauben eigentlich selber nicht daran. Die Pazifisten lenken durch ihre Illusionen in die Kapital-Institutionen vom wahren Feind ab.

Die bisher genannten Linken können keine Perspektive zur Lösung des

Konflikts aufzeigen. Erinnern wir uns, dass der Grund für Kriege die Konkurrenz der Kapitalisten auf dem Weltmarkt ist. Es gilt also, die Konkurrenz abzuschaffen. Objektiv hat die Arbeiterklasse, die unter der Konkurrenz leidet, das Interesse diese abzuschaffen und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen. In emanzipierten Kämpfen entdecken die Arbeiter ihre Solidarität und ihre wahren Feinde die Kapitalisten.

Wir unterstützen deshalb aus taktischen Gründen auch nationale Befreiungsbewegungen, wie im Kosovo. "Militärische Unterstützung, keine politische, so lautet die Kurzformel von Trotzki. In der Realität hiesse das, wenn wir dort gross genug wären, würden wir gemeinsam mit den Kosovaren unter

eigener Befehlsstruktur gegen das Milosevic-Regime kämpfen, um Einfluss auf die Bewegung zu bekommen. Wichtig ist dabei, politisch unabhängig zu bleiben und für unsere eigenen Ideen zu kämpfen. Unsere Aufgabe ist es, die kosovarischen Arbeiter immer wieder darauf hinzuweisen, dass ihre Probleme nur gelöst werden können, wenn sie gemeinsam mit den serbischen Kollegen, Milosevic, die NATO und ihre eigene herrschende Klasse davonjagen. Wir Internationale Sozialisten stellen uns weder auf die Seite des Imperialisten NATO noch auf die Seite Serbiens und fordern mit der Taktik des revolutionären Defätismus die Arbeiter der NATO-Staaten und Serbiens auf, ihre eigene Bourgeoisie zu stürzen. Mit anderen Worten, wir stellen uns auf keine

Nazis gegen den Krieg?

★ MARGIT BEHRENDIS

Für den 1. Mai diesen Jahres hat die NPD in Bremen zu einer Demonstration aufgerufen. Das Motto "Deutsche Arbeit nur für Deutsche" ist altbekannt. Manche Linke sind aber von dem zweiten Motto der Demo überrascht: "Gegen den imperialistischen Angriffskrieg auf dem Balkan".

Damit nicht genug. Die NPD-Jugendorganisation hat sogar einen (mittlerweile abgelehnten) Strafantrag gegen die Bundesregierung "wegen Führen eines Angriffskrieges" gestellt. Auch Ökofaschist Alfred Mechtersheimer, Ex-Grüner Bundestagsabgeordneter (aber immer mit Fokus auf den deutschen Wald und den deutschen Boden) fordert ein Ende des Krieges.

Tatsächlich herrscht bei der radikalen Rechten fast Einstimmigkeit gegen die Bombardierungen durch die NATO. Wie das, fragen sich so manche Friedensbewegte und Linke? Die Nazis müßten doch in Jubel ausbrechen, bei der von ihnen lang ersehnten aggressiveren Rolle der deutschen Politik?

Der aggressiver auftretende deutsche Imperialismus steht aber unter Führung der USA, dem großen Konkurrenten. Da

gilt es, ihn zu schwächen. Franz Schönhuber spricht es deutlich aus: »Keinesfalls darf es wieder wie beim Boxeraufstand in China heißen: "Germans to the front". Schon gleich gar nicht, wenn sich Völker gegen den Weltpolizisten Amerika und seinen Hilfspolizisten, England, auflehnen.«

Die Welt steht also nicht Kopf und die Nazi-Pest ist nicht auf einmal pazifistisch geworden. Gegen einen Eroberungskrieg hätten sie bestimmt nichts einzuwenden, aber als Erfüllungsgehilfe der USA? Nein, den Super-Imperialisten noch dabei unterstützen, seinen Fuß noch tiefer in die europäische Tür zu kriegen, dafür sind sie nicht.

Und wieder kommen sich die Altlinke und die extreme Rechte gefährlich nahe, bzw. sind sogar kaum voneinander zu unterscheiden. 80% der heute noch aktiven Linken fordern nur ein Ende der NATO-Angriffe auf dem Balkan, von einem Ende der Massaker und Vertreibungen durch Milosevic reden sie nicht. Sie scheuen sogar nicht davor zurück, das Problem der Kosovo-Flüchtlinge zur inner-jugoslawischen

Angelegenheit zu erklären oder es gar nicht zu erwähnen. (Siehe vorherigen Artikel.)

Beide Lager legen ihr Hauptaugenmerk auf den Kampf gegen den US-Imperialismus. Der Frieden oder die Menschen sind ihnen dabei scheißegal. Die ideologische Schnittstelle sind dann ehemalige 68er, die heute bei den Nazis gelandet sind: Mahler und andere.

So kommen dann auch Ex-SDSler und Neu-Nazi Günther Maschke in der Nazi Zeitung 'Junge Freiheit' dazu, die Rolle des Hauptimperialisten kritisch zu hinterfragen: »Dann kann künftig überall beliebig interveniert werden, mit Hinweis auf die zuerst deutbaren Menschenrechte. Die dienen dann als Tarnung für imperialistische Interessen. Wenn ich die Interpretationsmacht habe und auch die notwendige militärische Interventionskraft, dann kann ich überall auf der Welt meinen politischen Willen durchsetzen.«

Der Bund zur Rettung des Lebens, ein ökofaschistischer Verein, verurteilt ebenfalls den Krieg und versucht den noch übrig gebliebenen staatskapitalistischen Ländern die Hand zu reichen: »Gestern

Seite und fordern "NATO raus aus Jugoslawien" und "Belgrad raus aus dem Kosovo".

Wir stehen an der Seite der vertriebenen Kosovaren und der 50.000 serbischen Deserteure, die keine Kollegen, Mütter und Kinder hinmetzeln wollen, und nicht an der Seite des Völkermörders Milosevic und seines Schlächters Arkan.

Subimperialismus

Milosevic kämpft um die politische Vorherrschaft auf dem Balkan. Er verfolgt eindeutig imperialistische Interessen. Da er aber nicht in der obersten Liga der hochindustrialisierten Länder mitmischen kann, die die gesamte Welt aussaugen, müssen wir ihn in seinen regional begrenzten Eroberungsgelüsten als Subimperialisten bezeichnen.

Nun gibt es Linke, die meinen, mit dem Eintritt der USA in den Balkankrieg habe sich alles verändert, und es handele sich nun um die nationale Befreiung Serbiens von den USA. Die Vereinigten Staaten haben zwar nichts zu suchen auf dem Balkan; aber Milosevic auch nicht im Kosovo.

So tritt z.B. die Gruppe Linksruck für die militärische Unterstützung Milosevic' ein und bekämpfen so ungewollt die Kosovaren. Sie ordnet die Subimperialismus-Theorie nicht als Frage des Imperialismus ein, wie wir, sondern als Frage der nationalen Befreiung - während Milosevic von den USA unterdrückt wird, verliert Linksruck über die Kosovaren seit den NATO-Bomben kein Wort mehr.

Dasselbe Dilemma bei der orthodox-

truzkistischen Organisation RSB, der vergleicht den Konflikt NATO-Jugoslawien und Jugoslawien-Kosovo mit der nationalen Frage. Der RSB würde also eine militärische Truppe in den Kosovo und eine andere nach Serbien senden, was dazu führen würde, das beide Truppen aufeinander schießen müssten. Will man nicht indirekt gegen die Kosovaren sein oder sich als Sozialisten gegenseitig erschießen, ist es notwendig, die NATO und Serbien unter der Perspektive der Imperialismustheorie zu betrachten und sich auf keine der beiden Seiten zu stellen.



"Nationalbolschewisten" in Moskau

ber 400.000 tote Zivilisten in Dresden, sp ter in Teheran, Bagdad, Sudan und Uganda, jetzt viele Tote auch in Serbien. ... Morgen kann Kuba, Nordkorea oder Dein eigenes Haus dran sein.«

Außer einem kleinen Teil von authentischen Marxisten, hat die gesamte Linke, immer die eine herrschende Klasse in Moskau, Peking oder Havanna gegen die andere herrschende Klasse in Washington, Bonn und Paris unterstützt.

Wir Marxisten haben immer gefordert, die Herrschenden beider Lager zu stürzen.

Die Nazis sind also nicht für den Frieden, genauso wie der allergrößte Teil der stalinistischen Altlinken. Sie richten sich beide nur gegen die USA. Einen Krieg gegen die USA würden beide Lager sicherlich unterstützen.

Aus diesem Grund ist unsere Forderung "NATO raus aus dem Balkan, Milosevic raus aus dem Kosovo" von unermeßlicher Bedeutung. Bei der

immer aggressiver werdenden Krise des Kapitalismus reicht es nicht, sich nur so "links" zu fühlen. Das Studium der marxistischen Theorie gewinnt zunehmend an Bedeutung, um eine klare Haltung entwickeln zu können, und sich nicht plötzlich zusammen mit den Nazis auf einer Anti-Kriegs oder Anti-Kopftuch oder Anti-Euro-Währung-Demo wiederzufinden!



Schröder und Fischer morden mit in Kurdistan

Deutsche Waffen morden in

Nahezu hysterisch war die Reaktion der Politiker und der Medien auf die kurdischen Proteste vom Anfang des Jahres. Schlagzeilen wie »Kurdenterror, die ersten Toten« prägten einige Tage lang das Bild der deutschen Presselandschaft.

Was in nahezu keinem Bericht über die Proteste erwähnt wurde, ist die massive deutsche Militärhilfe an die Türkei, mit der der blutige Krieg auch und gerade gegen die kurdische Zivilbevölkerung geführt wird.

Zwischen 1985 und 1994 hat Deutschland der Türkei Waffen im Wert von fast 4 Milliarden DM geschenkt.

Laut dem Vertrag über NATO-Verteidigungshilfe, dürfen Waffenlieferungen innerhalb der NATO-Mitgliedsstaaten nicht in inneren Krisengebieten eingesetzt werden.

Der Einsatz deutscher Waffen im kurdischen Krisengebiet wird bis heute von der türkischen und deutschen Regierung gelehnet - trotz vieler Beweise.

Deutsche Mordwaffen

Schon 1994 legten Oppositionspolitiker (damals also SPD und Grüne), Menschenrechtsorganisationen und Friedensgruppen Beweise für die Verwendung des deutschen Kriegsgüter in Kurdistan vor.

Der damalige Außenminister Klaus Kinkel setzte die deutschen Waffenlieferungen für vier Wochen aus, ließ jedoch verlautbaren, daß von dem vorgelegten Material keine Beweiskraft ausgehe und die Türkei nicht gegen bestehende Verträge verstoße. Zudem würden die Waffen auf keinem der als Beweismittel vorgelegten Videos und Fotos aktiv eingesetzt. Aber sogar Tansu Ciller, damalige Ministerpräsidentin der Türkei gab ein

Jahr zuvor unmißverständlich zu: »Wir setzen die Waffen ein, die wir haben.«

»Angelika Beer vom Bundesvorstand der Grünen sprach davon, daß "Klaus Kinkel auf allen Ebenen die Ausrottungspolitik der türkischen Regierung gegen die Kurden unterstützt".« (Die Tageszeitung vom 6.5.1994)

Rot/Grün mordet mit

In die Regierungsverantwortung konnte Rot/Grün nur gelangen, weil sie die Politik des Kapitals voll mitträgt: Mitsamt Atombombenprogramm, härtere Kürzungen gegen die Arbeiter als bei Kohl und nicht zuletzt dem finanziell sehr einträglichen Waffenhandel mit der Türkei.

Die Verantwortung für zig Tausende tote Männer, Frauen und Kinder liegt auch bei der deutschen herrschenden Klasse und ihrer Parlamentsabgeordneten; nun also auch bei Rot/Grün. Doch nach wie vor wird jede Verantwortung gelehnet.

Die Antwort des vom Grünen Fischer geleiteten Außenministeriums auf eine Anfrage der PDS im Januar 1999 lautete lapidar:

»Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt werden.«

Beim Regierungsantritt hatte Fischer gesagt, daß außenpolitisch alles beim Alten bleiben wird. Dies bestätigt sich nun. Zwar wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, daß bei Rüstungslieferungen Menschenrechtskriterien stärker beachtet werden sollten, doch gemordet wird auch in Zukunft in Kurdistan mit deutschen Waffen.

Noch im März 1998 verlangten die Grünen von der damaligen CDU-Regierung, daß in Länder mit Krisengebieten und in Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, keine Waffen geliefert werden. Beides trifft ja auf die Türkei zu, doch was kümmern mich meine Anträge vom vergangenen Jahr, fragen sich die Grünen. Das Morden geht weiter.

Es gibt Pläne des deutschen Waffenherstellers Heckler & Koch, die Ausrüstung des türkischen Militärs rundzuerneuern. Geplant ist eine besondere Kooperation mit dem von den türkischen Militärs besessenen Waffenproduzenten MKEK. Deutsche Waffenexporte und türkischer Eigenbau ermöglicht mit deutschem Wissensstand werden dann kaum zu unterscheiden sein.

Zudem will die Türkei in den nächsten Jahren 200 Transport- und Schützenpanzer Fuchs (Wert je 4 Mio. DM) in Deutschland kaufen. Weitere 1.800 will sie in Lizenz im eigenen Land herstellen.

Diese wendigen, schwimmfähigen Panzer mit bis zu zehn Mann Besatzung werden die MTW113 Panzer aus alten DDR-Beständen ablösen, die seit Jahren zum kurdischen Straßenbild gehören.

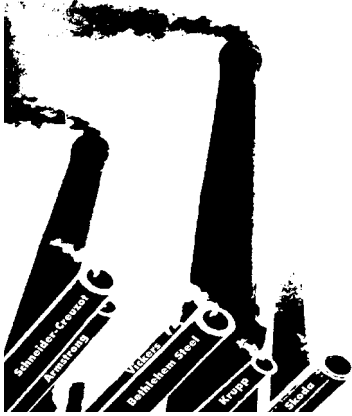
Deutsche Militärhilfe und blutige Abrüstung

Im NATO-Vertrag von 1964 übernahm die BRD die Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei. Seitdem hat die Türkei allein etwa 7 Milliarden DM an Militärhilfe von Deutschland erhalten.

Hinzu kommen Milliardenbeträge von Waffenkäufen, die nicht vom NATO-Vertrag gedeckt sind, sowie die, der Weltöffentlichkeit als Abrüstung dargestellte Schenkung von Restbeständen der Nationalen Volksarmee der DDR.

Darunter befanden sich mehr als

TODESKONJUNKTUR



100.000 Panzerfäuste, 350.000 Kalaschnikow-Sturmgewehre, 440 Millionen Schuß Munition, 30 Kampfflugzeuge, 300 schwere und 550 leichte Panzer, 130 Raketenwerfer, 200 Hubschrauber - Abrüstungswaffen eben.

Deutschland rüstet die Türkei mit allen nötigen Waffen aus. Vom Pfennigsartikel Patrone bis zum milliardenteuren, 1998 gelieferten U-Boot U212, der Howaldtswerke Deutsche Werft AG, Tochter der Thyssen AG.

Weitere Profiteure der engen Zusammenarbeit sind Firmen wie Heckler & Koch (Gewehre), Rheinmetall AG (Gewehre), Krauss-Maffai (Panzer), Mercedes-Benz (Stringer-Abwehrraketen), Mercedes Tochter DASA (Lenkflugkörper und Panzergehäuse), Eurometall (Panzer und Phantom-Jagdflugzeuge), MBB (Kampfhubschrauber), Diehl AG, Siemens AG, VW, Dornier, AEG, Krupp und MAN.

Die hier aufgelisteten Firmen gehören zu den Top 50 der deutschen Industrie. Sie waten alle knietief im Blut und verdienen gut daran.

Auch bei der Ausbildung von Militärs gibt es auf NATO-Ebene Ausbildungsverträge. Von der deutschen GSG 9 ausgebildet wurde auch die gefürchtete türkische Sondereinheit SAF, Special Action Force.

Laut Auskunft der Bundesregierung wurden allein im Jahr 1995 für insgesamt 1,98 Milliarden Mark Rüstungsgüter exportiert. Friedensforscher und alternative Ökonomen schätzen den tatsächlichen Wert der Rüstungsexporte für dasselbe Jahr um das 15-fache ein. Zählt man nämlich nicht nur reine Kriegswaffen, sondern auch Waffenteile, militärische Transportfahrzeuge und Rüstungstechnologie hinzu, kommt man auf eine Summe von etwa 30 Mrd. DM für das Jahr 1995.

Deutschland ist nach den USA der

größte Waffenhändler der Welt, auch bei Altwaren. Hauptabnehmer sind die Türkei, Griechenland, Indonesien, Pakistan, Malaysia und Argentinien.

Strategische Bedeutung und Perspektiven für die kurdische Befreiung

Doch die deutschen Interessen sind nicht nur auf die Rüstungsökonomie beschränkt. Viel wichtiger ist die strategische Bedeutung Kurdistans für das europäische und amerikanische Kapital. Kurdistan liegt genau am Schnittpunkt zwischen den drei Kontinenten Europa, Asien und Afrika. Militärstrategisch läßt sich von dort die halbe Welt bedrohen.

Kurdistans Lage ist auch von unermeßlicher Bedeutung, da in Turkmenistan und Aserbaidschan die zweitgrößten Erdölfelder und viertgrößten Erdgasvorkommen der Welt vermutet werden. Eine Pipeline quer durch Kurdistan zum türkischen Mittelmeereshafen Ceyhan soll den Abbau dieser riesigen Vorkommen sichern. Dazu ist eine politische Stabilität in diesem sonst sehr unruhigen Klima unverzichtbar.

Zudem übernimmt die Türkei zusammen mit Israel eine Kontrollfunktion für den gesamten Nahen Osten. Um diese Funktion sicherzustellen hat das türkische Militär in den letzten dreißig Jahren zweimal geputscht: 1972 und 1980.

Türkische Flughäfen dienen als Stützpunkt für Angriffe der USA gegen den Irak und bedrohen von dort sämtliche Staaten, die sich der imperialistischen Übermacht der USA widersetzen könnten.

Ein unabhängiges Kurdistan wäre politisch nicht berechenbar und könnte die nur sehr unsicher ausgewogenen Kräfteverhältnisse empfindlich stören.

Südafrika war das letzte Land, in dem eine bürgerliche Befreiungsbewegung noch einen Sieg davontragen konnte. Der sich verschärfende Terror in den unterdrückten Nationen wird sich in Zukunft nicht mehr unter bürgerlicher Führung beseitigen lassen. Das System des internationalen Kapitalismus ist zu instabil, die Krise zu weit fortgeschritten, als daß Palästina, Ost-Timor, Kosovo oder auch Kurdistan eine eigenständige bürgerliche Perspektive zu bieten hätten.

Entweder werden die Unabhängigkeitsbewegungen mit Waffen aus den Metropolen blutig erstickt, oder - wie im Fall des Kosovo - versucht ein Imperialist den anderen unter zig Tausenden

von Opfern zu verdrängen.

Die Lösung für ein Ende der Unterdrückung in Kurdistan liegt nicht in der Macht der bürgerlichen PKK, die sich kaum noch in ein rotes Deckmäntelchen kleidet. Das Ende des Terrors in Kurdistan liegt in den Händen der internationalen Arbeiterklasse. Nur die Arbeiter in Washington, Paris und Berlin können dem Imperialismus die Luft abdrehen.

Keine Abschiebungen!

Nach den Demonstrationen zur Verhaftung des PKK-Führers Öcalan verstärkt sich der Druck auf politisch aktive Kurden in Deutschland. Die Kriminalisierung von politischen Aktivisten ist nach der Hetze von Springerpresse und Innenminister Otto Schily noch weiter angestiegen. Immer mehr Leute werden den türkischen Folterknechten ausgeliefert.

Wird nicht direkt ins Gefängnis und zu Folter oder Henkerstod ausgeliefert, werden Kurden vor die Mündungen deutscher Gewehre und Panzer abgeschoben. Seit Öcalans Verhaftung wurden schon mehr als 6.000 Kurden verhaftet.

Seit 1984 Krieg führt die Türkei einen verstärkten Krieg gegen kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen. Nach offiziellen Angaben hat der Krieg schon etwa 37.000 Tote gefordert. Verantwortlich unter anderem das deutsche Kapital und seine Minister.

Seit 1991 wurden 4.000 Dörfer zerstört, drei Millionen Menschen wurden von ihrer Heimat vertrieben.

Seitdem der Kosovo-Krieg ausgebrochen ist, gibt es weltweit ein Stillschweigen zum Thema Kurdistan. Die türkische Generalität hat uneingeschränkten Freiraum bei der Verfolgung der Kurden und hat ihre Offensive gegen die Kurden verstärkt. Nach dem Antrag auf Todesstrafe durch den türkischen Staatsanwalt gab es auch keine nennenswerten Proteste mehr.

Wir müssen klar aussprechen, daß nicht etwa die Kurden Terror in Deutschland machen, sondern Deutschland den Terror nach Kurdistan exportiert.

Keine Abschiebungen in die Türkei!

Keine Kriminalisierung von Kurdischen Aktivisten!

Kein Totschweigen des türkischen terrors gegen die

"Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser."

Wie Schröder das Versprechen einhält, das er dem deutschen Kapital gegeben hat

★ KARSTEN SCHMITZ

Er werde sich nicht daran beteiligen, die deutschen Unternehmer zu vergrätzen, so Schröder. Mit diesem Satz wandte er sich gegen den damals noch amtierenden Finanzminister Oskar Lafontaine und gegen den Umweltminister Jürgen Trittin, dem er vor kurzem erneut drohte: »Jedem Kabinettsmitglied wird nur ein Fehler verziehen.«

Die Frage ist nur, wer denn die Unternehmer "vergrätzt" haben soll. Oft werden hier die rot-grünen Steuerreform-Pläne genannt. Aber während die Körperschaftssteuer in ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen von 1950 bis 1995 von 27 auf 6% (!) gefallen ist, ist der Anteil der Lohnsteuer im selben Zeitraum von 34 auf 90% gestiegen (Zahlen nach 'IG Metall direkt'). Trotzdem wenden sich die Bosse gegen jeden der ohnehin schon so zaghaften Versuche der SPD, die Steuervergünstigungen Kohls ein wenig abzubauen.

Das deutsche Steuerrecht hat es den Unternehmen in den 90er Jahren problemlos erlaubt, ihre Gewinne auf Null herunterzurechnen, um auf diese Weise keine Steuern bezahlen zu müssen. Die Daimler-Benz-AG mußte deshalb in den Jahren 1995, 96 und 97 nicht einen einzigen Pfennig Steuern bezahlen, obwohl sie 1997 einen Gewinn von 4,3 Milliarden (4.300.000.000) DM verzeichnen konnte. Solche Vergünstigungen gibt es tatsächlich nur in Deutschland.

1998 wurden auf der Hauptversammlung der Daimler-Aktionäre 10 Mrd. DM an Sonderdividenden ausgeschüttet - ein deutscher Nachkriegsrekord. Und der Daimler/Chrysler-Konzern brachte es auf einen Brutto-Gewinn

von 17 Mrd. DM, von dem er wieder keine Steuern (0,- DM) entrichten muß.

Allerdings besitzt einer der oberen Konzern-Manager, Genz, die Dreistigkeit, einen Brief an Schröders Kanzleramt zu schicken, in dem er schreibt, »Ausweichmaßnahmen der deutschen Wirtschaft in die EU-Nachbarländer« seien unvermeidlich, wenn das Steuerrecht geändert werde. Im Klartext: Subventionen nehmen wir gerne - die zahlen ja eh die Leute, die wir ausbeuten -, aber wenn wir Steuern zahlen sollen, dann verlassen wir das Land.

Und das ist kein Einzelfall unter deutschen Großunternehmen, das ist die Regel. So brauchte auch der Siemens-Konzern mit einem Gewinn von 2,6 Mrd. DM 1995 nicht einen Pfennig Steuern zu bezahlen.

Diese Abschreibungsmöglichkeiten sind einmalig; das bestätigen sogar Behörden der Europäischen Union. Die in Paris ansässige OCDE hat die Steuerbelastung in verschiedenen Ländern veröffentlicht. In Großbritannien liegt sie bei 32,4%, in den USA bei 27%, in der Schweiz bei 24,7% und in Deutschland bei 20,8%. (Zahlen nach 'Monitor', ARD, 22.04.99)

Und damit das so bleibt, nimmt es die SPD einfach in Kauf, daß riesige Lücken im Haushalt klaffen. Ein Loch von mindestens 15 Milliarden DM werden die Mindereinnahmen durch die Unternehmenssteuerreform ab dem Jahr 2000 reißen (Zahlen nach 'Wirtschaftswoche', Nr. 13/99). Aber wer soll die 15 Milliarden bezahlen, wenn nicht die Unternehmer? Da bleiben doch nur die Arbeiter.

Hier geht es überhaupt nicht darum, ein "Vergrätzen" der deutschen Industrie zu verhindern, Schröder vertritt offensiv ihre Interessen. Wo er doch unmittelbar vor der Wahl verkündet hatte, er dürfe als Kanzler nicht bloß seine Partei, sondern müsse das ganze Volk vertreten, scheint er jetzt nur noch die Interessen einer Handvoll Kapitalisten vertreten zu wollen. Fast schon hat es den Anschein, Schröder leide unter einer Persönlichkeitsspaltung und verwechsle sich, den Kanzler, mit dem Präsidenten des deutschen Arbeitgeberverbandes.

Auch die Pläne, die Kernkraftwerke stillzulegen, sind im Sande verlaufen. Nach anfänglichem Widerstand von Umweltminister Jürgen Trittin ist nun jeder konkrete Termin zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft gestrichen worden. Nur ein allgemeiner Wille zum "Abschalten" ist in den Dokumenten erhalten geblieben. Davon reden will freilich niemand mehr. Und bald werden wohl wieder die Castor-Behälter mit radioaktivem Material nach Ahaus, Gorleben und Greifswald rollen.

Dafür zuständig, die Castor-Transporte durch die Reihen der AKW-Gegner prüfen zu lassen, ist dann Innenminister Otto Schily, der sich selbst als Kommunisten bezeichnet hat, einst als Anwalt RAF-Mitglieder verteidigt hatte und in der Friedensbewegung aktiv war. Momentan besteht seine Beschäftigung darin, politische Flüchtlinge in Länder abschieben zu lassen, denen Amnesty International und das Flüchtlingskommissariat der UNO bescheinigen, Diktaturen und Folterländer zu sein. Sein Treiben unterscheidet sich in nichts von dem seines CDU-Vorgängers Manfred

Kanther, der als Hardliner berüchtigt war. Der Ex-Anti-AKW-Demonstrant Schröder und der einstige Hausbesetzer, Pazifist und jetzige Außenminister Joschka Fischer betreiben desweiteren einen Krieg, einen Angriffskrieg, der den Statuten der NATO und sogar denen der Vereinten Nationen (UNO) widerspricht.

Fortsetzung der Kohl'schen Politik?

An dieser Frage wird auch gleich am deutlichsten, daß die rot-grüne Regierung nicht einfach die Politik der ehemaligen CDU-Regierung fortsetzt. Auch wenn Kohl davon geträumt haben mag, deutsche Soldaten auf die Schlachtfelder der Welt zu entsenden, er hat das nur zögerlich im Rahmen von "Blauhelm"-Einsätzen der UNO und Sanitärmissionen machen können.

Für einen bewaffneten Angriffskrieg gegen ein Land, das - bei allen Verbrechen - kein einziges Mitglied des NATO-Bündnisses angegriffen hat, bedurfte es schon eines ehemaligen Friedensaktivisten, der mit feuchten Augen in die Kamera schluchzen kann: »Wir haben keine andere Wahl.« Helmut Kohl oder Klaus Kinkel hätte man diesen Spruch niemals abgenommen.

Mit der rot-grünen Regierung handelt es sich also keineswegs um die Fortsetzung der alten CDU-Politik. Die rechte Politik der BRD hat vielmehr eine neue Qualität bekommen.

Viele Journalisten haben behauptet, die extrem konservative Politik Schröders rühre daher, daß er sich durch sein Wahlversprechen eines Bündnis für Arbeit erpreßbar gemacht habe. Er müsse nun seine Aussage, er werde sich daran messen lassen, ob er die Arbeitslosigkeit verringert habe, unbedingt einhalten und habe sich so selbst unter Druck gesetzt. Nun müsse er tun, was die Bosse von ihm fordern, um Zugeständnisse von ihnen zu bekommen. Aber Spaß beiseite, welcher deutsche bürgerliche Politiker hat jemals ein Wahlversprechen so ernst genommen, daß er meinte, es unbedingt einhalten zu müssen?

Wir können jedenfalls auf Arbeitsstellen verzichten, bei denen wir kaum mehr an Lohn bekommen als den Arbeitslosen-Satz. Wir wollen keine Jobs um jeden Preis! Für Schröder heißt es: Hauptsache Arbeit - egal, unter welchen

Bedingungen.

Zersetzung der Arbeiterklasse von innen

Der Großteil der Linken hat immer gedacht, daß das Kapital sein Heil im großen und ganzen in einer christdemokratisch geführten Regierung sieht. Aber vor der letzten Bundestagswahl ist Schröder von der bürgerlichen Presse geradezu hofiert worden. Und auch 1966 hatte sich die Kommandospitze der Wirtschaft schon einmal dafür ausgesprochen, daß die SPD an der Regierung beteiligt wird. Damals kam es zur "Großen Koalition" von CDU/CSU und SPD.

Unter welchen Bedingungen aber genügen die Christdemokraten nicht mehr, um das Kapital politisch zu vertreten? Die Antwort lautet: Dann, wenn es wirklich ans Eingemachte geht.

Es gibt eine Fabel vom Wind und von der Sonne, die in diesem Zusammenhang sehr lehrreich ist. Der Wind sagt darin zur Sonne: »Siehst Du den Mann da unten? Ich werde ihn zwingen, da er seinen Mantel auszieht!« Und der Wind bläst und bläst - aber je stärker der Wind weht, desto mehr klammert der Mann sich an seinen Mantel. Da sagt die Sonne: »Warte mal. Ich zeige Dir, wie das geht.« Die Sonne wirft ihre warmen Strahlen auf den Mann hinab. Sie scheint und scheint. Und der Mann schwitzt und stöhnt in seinem Mantel, so heiß ist ihm. Schließlich zieht er ihn aus.

Wenn der Kohl-Wind einem um die Ohren weht, dann rückt man eng zusammen, um ihm die Stirn zu bieten. Aber wenn Schröder unter dem Heiligenschein, der der SPD immer noch anhaftet, und mit seinem Lächeln, das jeder Zahnpasta-Reklame zur Ehre gereichen würde, "auf gut' Wetter macht", dann kann das die Kollegen leicht entwarnen.

Wenn eine Partei die Gewerkschaften und die Arbeiter dazu bewegen kann, stillzuhaltend, wenn die nächste Kürzungslawine rollt, dann ist es die SPD und nicht die CDU. Nur die SPD kann Streikbrechen achtbar machen. Würde ein CDU-Funktionär zu einem Streikposten gehen, um ihm zu sagen: »Dieser Streik ist illegal; laßt die Leute durch, die arbeiten wollen« - ich möchte nicht in seiner Haut stecken.

Würde ein Bürokrat, Mitglied in der

SPD-Betriebsgruppe und seit Jahren bekannt, weil er die Gewerkschaftszeitung in den Abteilungen verteilt, dasselbe tun, würden die Kollegen ihm aller Wahrscheinlichkeit nach erstmal gehorchen und Platz machen. Denn welche Alternative haben sie schon? Wie korrupt und verdorben die SPD auch ist, sie ist die einzige Partei, die zumindest so tut, als vertrete sie die Arbeiterinteressen. Im Moment gibt es noch keine Alternative, wenn es darum geht, die Arbeiter gegen das Kapital zu verteidigen. Die Organisationen, die die Linken aufgebaut haben, sind viel zu klein dafür, und die meisten von ihnen sind entweder mit sich selbst beschäftigt oder damit, den Arbeitern vorzuwerfen, daß sie keine Revolution machen.

Die Offensive der Ausbeuter geht also erst einmal weiter. Und damit sie das so lange wie möglich kann, dazu war eine "linke", "arbeiterfreundliche" Regierung notwendig.

Denn auch, wenn die Profite im Moment steigen, nimmt der internationale Konkurrenzkampf immer härtere Formen an. Großbritannien ist schon längst ein Billiglohnland, wo viele Arbeiter mehrere Stellen annehmen müssen, um ihre Familien über die Runden bringen zu können. Auch die US-amerikanische Wirtschaft macht dem deutschen Kapital zu schaffen. Als in Köln ein riesiges Kongreß- und Veranstaltungszentrum - die "Kölnarena" - gebaut wurde, hatte der amerikanische Architekt vergessen, den Lastenaufzug einzuplanen; das dachten zumindest die deutschen Bauherren. Als sie den vermeintlichen Fehler beanstandeten, wunderte sich das Architektenbüro darüber, daß die Deutschen überhaupt einen Lastenaufzug wollten. Es sei doch billiger, wenn ein paar Arbeiter den Kram die Treppen hoch schleppten. Für so wenig Geld kann man in den USA ein paar Arbeiter bekommen!

Das ist der Grund dafür, warum die Angriffe des Kapitals weitergehen. Aufgehalten werden kann die Offensive der Bosse nur noch, wenn sich die Arbeiterklasse in einem Land ein Herz faßt und zurück kämpft. Nur so können die Arbeiter international soviel Zuversicht bekommen, daß auch sie den Kampf aufnehmen und so die Konkurrenz um Billiglöhne zunichte

machen. Aber bis dahin herrscht die Logik der Kapitalisten.

Eine einfache Tatsache

Um die immer größeren Vergünstigungen für das Kapital auf Kosten der Arbeiter zu rechtfertigen, meinte Arbeitgeberpräsident Hundt: »Die Wirtschaft ist nicht alles; aber ohne die Wirtschaft ist alles nichts.« Was den Satz angeht, widersprechen wir Marxisten auch nicht. Im Gegenteil, wahrscheinlich sehen wir diesen Sachverhalt noch viel radikaler als Hundt. Als Friedrich Engels im März 1883 am Grab von Karl Marx die theoretischen Leistungen dessen Lebens würdigte, sagte er:

»Wie Darwin das Gesetz der Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen bewucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw., treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen

Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen - nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.«

Nur, wenn die Ökonomie die Grundlage für alles andere ist, wenn die Produktion überhaupt erst alle anderen Aspekte der menschlichen Gesellschaft möglich macht, dann bringt es doch nichts, wenn die Demokratie nur auf dem Gebiet der Politik herrscht.

Wenn die Wirtschaft in der Hand einiger weniger Leute ist, weil ihnen die Industrie gehört, wenn diese Leute über Wohl und Wehe aller Menschen entscheiden können, die gezwungen waren, bei ihnen einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben, wenn sie sich mit Schmiergeldern oder auch nur mit Drohungen die "Volksvertreter" gefügig machen können, dann ist "Demokratie" wirklich nur noch eine leere Worthülse.

Ohne die Wirtschaft ist zwar alles nichts - aber Wirtschaft und Kapitalisten sind keineswegs ein und dasselbe! In jeder ökonomischen Einheit sind unendlich mehr Arbeiter vorhanden als Kapitalisten, und der Spruch besagt nicht, wem die Wirtschaft gehören sollte. Wenn wir wirklich eine Demokratie wollen - und nichts anderes läßt sich aus den Worten von Hundt schließen -, dann reicht es nicht, Rot/Grün zu wählen, dann müssen wir das Kapital enteignen und uns die Produktionsmittel selber unter den Nagel reißen, um demokratisch entscheiden zu können, was wir nach menschlichen Bedürfnissen wie produ-

Ist die Sache mit der doppelten Staatsbürgerschaft nicht schon längst gelaufen? Die CDU hat erfolgreich ihre Pro-Rassismus-Kampagne beendet mit dem Ergebnis, daß sie jetzt einen Ministerpräsidenten mehr hat, die SPD/Grünen ihre Mehrheit im Bundesrat verloren haben und sie dadurch mit der FDP ihr Doppelpassprogramm ad acta legen mußten.

Aber so einfach ist das nicht. Die Sache ist noch lange nicht beendet.

Zuerst einmal gibt es zum Kompromiss mehrere starke verfassungsrechtliche Bedenken.

Der Kompromiss mit der FDP besagt, daß bei der Geburt jeder erst mal die deutsche Staatsbürgerschaft bei Beibehaltung einer anderen Staatsbürgerschaft erhält. Mit 23 Jahren aber muss er sich dann für einen Pass entscheiden.

Was ist aber, wenn er sich für den Pass seiner Elternheimat entscheidet? Das wird ja in der großen Mehrzahl der Fälle passieren. Die Eltern haben noch ein Aufenthaltsrecht, aber das 23jährige Kind nicht mehr, wenn es die Staatsbürgerschaft abgibt. Wird es dann abgeschoben?

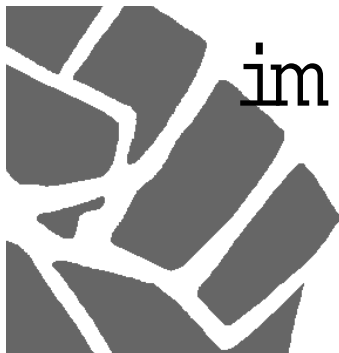
Wie kann die BRD beweisen, daß es auch einen mongolischen Pass hat, wenn der Staatsbürger seinen deutschen Pass behalten will?

Aber das Ärgste der Verfassungswidrigkeit ist, wenn diese Person noch vor dem 23jährigem Geburtstag ein Kind bekommt. Dieses Kind ist dann automatisch Deutscher ohne Doppelpassoption. Das Kind kann dann nicht abgeschoben werden, und die Eltern auch nicht vor Beendigung seiner Schulausbildung.

Also Freunde, nehmt den Doppelpass für Eure Babys und schaut, daß diese vor dem 23jährigen wieder Kinder kriegen.

Internationale Sozialisten

im Internet



<http://www.internationalesozialisten.de>

e-mail:
klassenkampf@netcologne.de

Doppelpass noch nicht am Ende!

★ NORBERT NELTE

Aber Spaß beiseite. Spätestens in 20 Jahren wird sich das Verfassungsgericht wieder mit der Passfrage beschäftigen müssen und ein für das deutsche Kapital befriedigendes Urteil fällen, wahrscheinlich, daß die Kinder der Optionsdeutschen dann doch keine Deutschen sind.

Ein viel größeres Problem für die Herrschenden ist aber das politische. Um den politischen Hintergrund zu begreifen, ist es notwendig, zu verstehen, warum überhaupt eine Kapitalfraktion den Doppelpass wollte.

In den 60er Jahren wurden die Ausländer als Hilfsarbeiter, genannt "Gastarbeiter" angeworben. Der Konjunkturaufschwung führte damals zu einem Arbeitskräftemangel.

Inzwischen ist ein Wandel in der Industrie eingetreten. Die Hilfsarbeiter wurden durch die Roboter ersetzt. Gleichzeitig benötigte das Kapital immer mehr gutausgebildete Facharbeiter, die die Roboter gebaut haben. Das Ergebnis ist eine große Hilfsarbeiterlangzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Facharbeitermangel.

Eine hochwertige Qualitätsarbeit wird das Kapital aber nur von Facharbeitern erhalten, die auch durch höheren Lohn, Anerkennung und Integration motiviert sind. Die totale Ausbeutung war also plötzlich nur noch mit einer totalen Integration möglich.

Für die Integration ist die Einbürgerung unerlässlich. Die einfache Einbürgerung hat aber nie richtig funktioniert. Die ausländischen Kollegen wollen zurecht nicht ihren Heimatpass aufgeben, weil sie bei einem neuen nicht unwahrscheinlichen Rassismus in Deutschland sich ihre Fluchtmöglichkeit offen lassen wollen und müssen.

Ein anderer Grund ist, daß z.B. die Türken bei einer Ausbürgerung aus der Türkei das Erbschaftsrecht verlieren würden. Auch wollen sie ihre "Loyalität" zum Heimatland ihrer Eltern nicht aufgeben.

Der Doppelpass schien diese Schwierigkeiten zu lösen. Doch war es nur eine schwache Kapitalfraktion, die hinter diesem Modell stand. Eine große Mehrheit kämpfte verbissen gegen diese Lösung.

Der Doppelpass schien ihnen zu gefährlich, weil damit auch die Loyalitäten einem anderen, vielleicht auch feindlichen Staat vergeben werden. Das deutsche Kapital glaubt, die Kontrolle zu verlieren. Die Gefahr der Illoyalitäten scheinen der stärkeren Kapitalfraktion zu groß, weshalb es dagegen eine wilde Propagandakampagne einleitete.

Nun hat diese Anti-Doppelpass-Fraktion gewonnen. Im Nu hatte die CDU eine Millionen Unterschriften zusammen. Es gab auch keine nennenswerte Gegenwehr der Ausländer dagegen. Auch von den Restlinken kam nicht viel. Sie hatten sich nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus aufgelöst.

Damit ist aber das oben genannte Problem überhaupt nicht gelöst. Wieder gibt es die Idee einer einfachen Staatsbürgerschaft.

Aber so, wie diese bisher nicht angenommen wurde, wird sie auch in Zukunft nicht angenommen werden. Da helfen

auch die schnellere Einbürgerung nach 8 Jahren und der Pass auf Zeit nicht.

Die Frage nach dem Doppelpass wird wieder unweigerlich auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Die Zwietracht unter den Herrschenden sollten die ausländischen Kollegen ausnutzen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Sie sitzen an den Rädern, die man auch stillstehen lassen kann.

★



Die Nazis, das Kapital und die soziale Frage

★ BERND WACHSMANN

In Zeiten, wo Alt- und Exlinke scharenweise nach rechts überlaufen und/oder Gemeinsamkeiten mit Nazis feststellen; wo Nazis, die bezahlten Schlägertrupps des Kapitals, mit sozialer Propaganda Stimmengewinne machen können; da sollte man als Linker noch einmal selbst verinnerlichen, welch Blödsinn es ist, wenn Nazis so tun, als seien sie an dem Schicksal der Arbeiter oder der sogenannten "kleinen Leute" interessiert. Und vor allem sich selbst noch einmal klarmachen, wie wir als Linke diese Propaganda der Nazis widerlegen können.

Damals...

Wir erinnern uns kurz. 1918 hatte die Arbeiterklasse ihre Macht demonstriert und eine Revoltion versucht. Diese scheiterte durch den Verrat der Reformisten und das Fehlen der revolutionären Arbeiterpartei.

1920 hatte sich dann das Kapital zwar wieder stabilisiert, war aber immer noch von der Arbeitermacht erschreckt. Deshalb versuchte es mit Hilfe des Kapp-Putsches die direkte Machtübernahme. Dies scheiterte aber an dem Widerstand der Arbeiter.

Aber das Kapital brauchte einen neuen Krieg, um wieder an Rohstoffe, Kolonien und neue Absatzmärkte zu kommen, von denen es seit der Niederlage im Ersten Weltkrieg abgeschnitten war.

1932 konnte Hitler dann im Düsseldorfer Industrieclub die herrschende Klasse Deutschlands überzeugen, daß er genau der richtige sei, um die Drecksarbeit für sie zu übernehmen. So kam es, daß das Kapital die angeblichen "nationalen Sozialisten" an die Macht brachte. Hitler trat also an, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen um jede Opposition gegen den Krieg zu verhindern, in dem dann abertausende von Arbeitern ihr Leben lassen sollten für die Profite der Kapitalisten. Und nicht um den Arbeitern oder den "kleinen Leuten" Verbesserungen zu bringen.

Gleichzeitig mit dem hoffähig machen der NSDAP bemühte sich das Kapital um eine Entradikalisierung derselben. Hatten vorher Teile der Kapitalisten den

sogenannten "linken" Flügel der NSDAP um die Strasserbrüder herum finanziert, um die Arbeiter mit pseudo-sozialistischen Phrasen vom klassenkämpferischen internationalistischen Weg weg hin zum "rechten" nationalen zu führen; so finanzierten jetzt Teile des Kapitals "radikale" Abspaltungen (wie O. Strassers KGRN) als Auffangbecken für Hitler- und Thälmannmüde Arbeiter, um sie mit Parolen und Arbeit ruhigzustellen.

Auch wenn Gregor Strasser zusammen mit Röhm und vielen anderen angeblichen Vorkämpfern der sogenannten "zweiten Revolution" (der sozialen, die der "nationalen Revolution" laut Propaganda folgen sollte) in der "Nacht der langen Messer" sein Leben ließ und Otto Strasser ins Exil gehen mußte, so waren sie nie eine wirkliche Opposition zu Hitler gewesen.

Auch sie hatten vom Kapital ihre Aufgabe erteilt bekommen und waren nur für dieses jetzt so nicht mehr nötig. Außerdem hatten ja auch einige ihrer Anhänger wirklich an die Parolen von Verstaatlichung des Großkapitals usw. geglaubt. Im Gegensatz zu ihren Führern, die ja genau von diesem Großkapital finanziert worden sind.

Auch wenn es heute von vielen Neo-Nazi-Kadern anders dargestellt wird, auch Röhm und die Strasserbrüder waren keine Sozialisten und Anti-Kapitalisten. Auch die Strasserbrüder waren Antisemiten, sie kritisierten Hitler sogar zeitweise wegen seines "mangelndem" Antisemitismus. Ebenso bejahten sie den kommenden Krieg (so wie sie auch schon den letzten Krieg verherrlichten), da dieser u.a. das »beste im Menschen wecken würde«.

Auch mit diesen Leuten an der Führung hätte es eine Herrschaft des Kapitals gegeben, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg. Der Vorteil dieser Leute war lediglich, daß sie eben nie an die direkte Führung gelangt waren, so daß sie nie gezwungen waren, ihre pseudo-sozialistischen Parolen zu entblößen und nie in der Lage waren Juden zu vergasen und Krieg zu führen.

und nach dem Krieg...

In der Nazi- und Neonaziszene der Nachkriegsära gab es schon immer Gruppen, deren politisches Vorbild weniger Hitler war, sondern mehr Gregor oder auch Otto Strasser. Letzterer kehrte im März 1955 aus dem Exil nach Deutschland zurück, nachdem ihm seine Staatsangehörigkeit wieder zuerkannt wurde.

Diese Gruppen standen aber immer im Schatten der Hitlervereinerclubs. Erst Mitte der 60er Jahre nahmen Teile der sogenannte Neuen Rechten Gedanken der Strasserbrüder auf, oft aber ohne die Quellen offen zu benennen. Erst Ende der 70er Jahre wurden die Gebrüder Strasser bei den jüngeren Neonazis beliebter. Aber weniger wegen den (kaum vorhandenen) Theorien, die im übrigen eh keiner von den Stiefelnazis kennt. Der Grund war vielmehr der Wunsch, "vorzeigbarere" Nazis als Hitler, Göbbels usw. zu finden oder zu kreieren. Angeblich "gute" Nazis, die angeblich nicht mit dem Holocaust oder dem Krieg in Verbindung gebracht werden konnten. Denn diese beiden Sachen waren und sind nach Meinung vieler Nazikader diejenigen Gründe, die die Bürger vor den Nazis zurückschrecken ließ und läßt.

Geeignet erschienen da die Strasserbrüder, da sie ja wie oben schon beschrieben nie in der Lage bzw. gezwungen waren, Farbe zu bekennen.

Außerdem kennen die meisten "Strasseristen" lediglich die Namen Otto und Gregor Strasser und damit hat es sich auch schon. Und viele bezogen/beziehen sich positiv auf Hitler, egal ob die ANS/NA oder die FAP. Da wird aus dem vermeintlichen "Gegenspieler" schon mal eine »Lichtgestalt des deutschen Volkes, ein Führer, wie er nur einmal in tausend Jahren geboren wird«.

Für eine genauere Beleuchtung der Wiederbelebung der Strasserlegende ist zu empfehlen "Die Strasser-Legende" von Kurt Gossweiler. Hier findet sich auch die genaue Geschichte der Strasserbrüder.

Übrigens war es bei Kriegsende den rechten und den bürgerlichen Elementen

klar, daß es sich bei den Strassers nicht um eine Opposition zu Hitler gehandelt hat. Aber man sah schon damals die Möglichkeit, irgendwann einmal auf diese Legende zurückgreifen zu können. Spätestens dann, wenn es darum gehen sollte, die Arbeiter zu täuschen und zu ihre Einheit zu unterminieren.

Und wirklich, auch heute arbeiten noch Neonazikader mit dieser Legende vom "sauberen Nationalsozialismus". 1991 erklärte der spätere Landesschatzmeister der Deutschen Alternative (DA) in seiner Heimatstadt Dresden auf einer Pressekonferenz: »Wir haben mit Hitler nichts am Hut. Wir wollen einen sauberen, modernen nationalen Sozialismus in Deutschland, allerdings ohne Ausländer«.

Zwar hießen die "Vorbilder" der "DA" Strasser, Röhm und Heß, trotzdem waren Hitler, Göbbels u.a. "Gegner" Ehrenmitglieder.

Und die 1992 verbotene Nationalistische Front (NF) verbreitete, daß Hitler ja die wundervolle Idee des NS an das Kapital verraten und verkauft hätte und das die NF im Gegensatz zum »verbrügerlichten und pervertierten Nationalismus« den »originären Nationalismus« vertreten würde.

1992 brachte dann die neonazistische FAP ihr Programm "Unser Weg in das neue Jahrtausend" heraus. Hier stellten sie die Gedanken Strassers voran, die ihrer Meinung nach gut in die neue Zeit passen würden. Da war dann u.a. die Rede von:

1. Deutschland in den Grenzen von 1914

2. Errichtung eines »Revolutionären deutschen Sozialismus«, der das »lebenswidrige liberale System« überwindet und durch eine gezielte »Entproletarisierung« zu einer »nationalen Volksgemeinschaft« führt

3. »Brechung der Zinsknechtschaft« und der »Herrschaft des Geldes über die Arbeit«; das Ziel des »Deutschen nationalen Sozialismus« bestehe »nicht in einer uferlosen Steigerung des Lebensstandards, sondern ausschließlich in der Gesundung jenes gottgewollten Organismus der Nation.«

Gerade der letzte Punkt ist ja nun wirklich ein Schlag ins Gesicht aller Arbeiter und Arbeitslosen. Während Schröder und Piech Schampus saufen und andererseits Millionen nicht in Lohn und Brot stehen, reden die von »uferlosen Steigerung des Lebensstandard«. Entschuldigt bitte, daß die Arbeiter noch nicht von Wasser und Brot leben und in Höhlen wohnen.

Vielen Familien bleibt bei überraschenden größeren Ausgaben wie ein notwendig gewordener neuer Kühlschrank, weil der alte defekt ist, nur eine weitere Verschuldung.

Das Kapital lebt in Saus und Braus und es gibt Familien in Deutschland, die ihre Kinder von Brot mit Ketschup "ernähren" müssen. Viele Menschen werden einfach deswegen krank, weil sie kein Geld haben für gesunde und vitaminreiche Kost.

Das und die Belastung durch den steigenden Arbeitsdruck oder die Arbeitslosigkeit läßt arme Menschen nicht nur eher krank werden, sondern auch eher sterben als reiche Menschen. Und das reden diese Naziärsche von »uferlosen Steigerung des Lebensstandards«. Zur Hölle mit ihnen.

Dazu kommt, daß die Annahme, daß nur der Zins für alles Übel in der Welt verantwortlich ist, eine antisemitische, da die Juden im Mittelalter oft nur mit Geldgeschäfte machen durften und so nun einmal vom Zins leben mußten. Außerdem ist der Kapitalismus das Übel, nicht der Zins.

Außerdem herrscht nicht das "Geld über die Arbeit", sondern der Kapitalist über den Arbeiter.

Die neuen Bundesländer...

Vor allem in den neuen Bundesländern hielt Anfang der 90er Jahre die Strasserrhetorik Einzug in die Neonaziszene.

Jenseits vom Kapitalismus und Kommunismus soll nun ein "nationaler völkischer Sozialismus" entstehen. Doch unter Sozialismus verstehen diese Menschen nicht eine ökonomisch begründete Gesellschaft, sondern eine "völkische Gemeinschaft", in der die Rechts-

Links-Denkschemata überwunden werden von einem "nationalem Gemeinschaftssinn". Ob dieser Gemeinschaftssinn dann die Kapitalisten abhält, ihre Arbeiter auszubeuten oder zu entlassen? Wohl kaum!

Die DA sprach sogar von "Enteignung des Großkapitals" und einer "Sozialisierung der Großindustrie" und wie die NF von einer umfassenden staatlichen Kontrolle der Banken und Versicherung. Aber die FAP wollte sogar in ihrer Rhetorik noch nicht einmal so weit gehen und sprach lieber von einer neuen Form der »betrieblichen Mitbestimmung der Arbeiter am Betriebskapital«. Ansonsten wurde wirtschaftspolitisch nicht mehr viel geboten.

Der neue Staat sollte dann ein »freiheitlicher, antiimperialistischer, klassenloser Volksstaat« sein (FAP-Programm). Es ist anzunehmen, daß dieser "freiheitliche" Staat nicht nur "klassenlos" (Reich bleibe Reich und Arm bleibt Arm, aber dafür heißen dann alle Volksgenossen) sein soll, sondern auch frei von Ausländern, Juden, Behinderten, "Undeutsche", Homosexuelle, Kommunisten, Gewerkschaftern, aufmüpfige Arbeiter usw. Denn "Deutschland den Deutschen" heißt noch lange nicht "Deutschland allen Deutschen".

Überraschend für viele mag übrigens sein, daß immer öfter Segmente der Strasserethorik sogar in die Programme solcher Parteien wie REP, NPD und DLVH fließen. Im Osten ist der strassersche Nationalismus immer öfter mit einer rechtsextremen DDR-Nostalgie verbunden.

So bekannte ein REP'ler aus Chemnitz. »Gerechterweise muß aber noch festgestellt werden: Die DDR-Führung hat ihre Deutschen zwar politisch an der Seite der Sowjetunion gehalten, sie hat aber auf ihrem Gebiet die Nation und das Deutschtum erhalten. Wir hatten in der DDR keine Russifizierung! Das ehemalige Nationale Aufbauwerk, die Nationale Volksarmee, das immer stärker werdende Streben nach nationaler Erbpflege, die komplexe Würdigung von Personen deutscher Geschichte

und nicht zuletzt die Auseinandersetzungen von DDR und Polen um die Grenzziehung im Oderhaff zeigen, da die DDR und auch die SED nationalistisch waren«.

Hierbei gibt für die Linke direkt mehrere Probleme. Erstens, immer mehr Alt- und Exlinke übernehmen die rechten Parolen, statt sie zu widerlegen. Zweitens stimmt es, daß die SED, wie jede Regierung in einem kapitalistischen Staat, den Nationalismus benutzt hat, wenn es sinnvoll für sie war. Drittens, daß viele Arbeiter im Osten die Schnauze verständlicherweise voll haben von dem, was sie unter "Sozialismus" kennengelernt haben.

Da die Arbeiter im Ostblock den Staatskapitalismus als Sozialismus vorgegesetzt gekriegt haben und danach die Nachteile des Privatkapitalismus auch schnell zu spüren bekamen, sind sie natürlich anfällig für die Propaganda der Nazis vom "Dritten Weg".

Außerdem ist Stalins Theorie vom Sozialismus in einem Land nun wirklich nicht allzu weit entfernt vom "nationalen Sozialismus" der Nazis.

Nun aber ein Beispiel des real existierenden Nationalismus in der DDR.

Als in Polen die Solidarnosc ins Rollen kam, befürchteten die Bürokraten ein Übergreifen dieser Arbeiterproteste auf das Gebiet der DDR. Also benutzte man die Waffe des Nationalismus, um die Arbeiterklasse zu spalten. Plötzlich waren es die arbeitsscheuen und diebischen Polen, die für die Mangellage der Arbeiter in der DDR verantwortlich waren und den schönen "real existierenden Sozialismus" kaputtmachen wollten.

Als Reaktionen bei den DDR-Arbeitern konnte es auch schon mal zu einem Leserbrief kommen, für den man hier, zumindestens der Gesetzeslage her, für Volksverhetzung verurteilt werden könnte. Das dieser auch ohne Kommentar abgedruckt wurde, ist dann kein Wunder mehr.

Der Umgang der Nazis mit der (heutigen) Linken

Das Verhältniss der heutigen Neonazis zur Linken ist zwiegespalten. Einerseits ist man natürlich streng anti-kommunistisch, andererseits aber bietet man den Linken immer öfter eine Zusammenarbeit gegen den angeblichen Hauptfeind an, der im demokratischen BRD-System ausgemacht wird.

Frank Rennicke, Deutschlands wohl bekanntester Nazi-Liederbarde, der auch schon früher die DDR als den besseren deutschen Staat bezeichnet hat, bietet in seinem neuen Lied "Rote Horden" den Linken, obwohl "dumm und umerzogen" eine Zusammenarbeit an, denn Links und Rechts seien unwichtig geworden, denn das Volk sei in Gefahr. Das leuchtet natürlich so manchen volkstümelnden Ex-Linken ein, siehe Walser, Mahler, Botho Strauss etc.

Aber auch dem Wähler scheint der Unterschied zwischen Links und Rechts nicht mehr aufzufallen, wählten doch bei der letzten Wahl in Mecklenburg-Vorpommern viele mit der Erststimme die PDS und mit der Zweitstimme die DVU.

Andererseits ist für die Nazis natürlich klar: »Wenn die Zecke versucht zu bei en, mu sie zertreten werden« (DA). Dummerweise hält sich die Alt- und Exlinke mit dem beißen zurück. Der DKP-Symphatisant Walser bedauert lieber, daß Auschwitz noch nicht vergessen sei und macht sich damit zum Vordenker der Nazis und der Dumbbürgern, die das ansonsten nie so "klug" hätten ausdrücken können.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Christiane Ostrowski behauptet, bei den sozialpolitischen Forderungen der extremen Rechten und der extremen Linken könne man immer mehr Übereinstimmung finden. Der Sozialismus sitzt diesen Leuten noch nicht einmal fingertief unter der Haut.

Das Wahlergebniss in MV ist doch kein Wunder, wenn "linke" Parlamentarier sagen, daß die Linke ja eigentlich doch das gleiche will wie die Rechte.

Das führte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt natürlich gerne auf dem letzten NPD-Parteitag an und die bürgerliche Presse konnte u.a. schreiben "NPD-Parteitag sucht Hilfe bei linken Glaubensätzen" und weiter, daß sich die NPD so weit nach rechts bewege, daß sie schon wieder links ankomme.

So traurig es auch ist, da verwundert eine Einladung für eine NPD-Delegation in die nord-koreanische Botschaft ja schon fast nicht mehr und das sich die Nazis da fast vor Begeisterung in die Hosen gemacht haben. (Darin haben die Nazis ja Übung, man erinnere sich nur mal an Hoyerswerda) Der Anführer der NPD-Delegation ist übrigens Ex-Kommunist. Tja, mit so arbeiterfeindli-

chen und diktatorischen Staaten können sich die Nazis anfreunden.

Was aber in Wirklichkeit allen Nazis, ob mit linken Parolen getarnt oder nicht, gemein ist, ist die Leugnung (oder Verherrlichung) des Holocausts, die völkische und rassistische Gesinnung und die Bejahung von Gewalt um an die Macht zu kommen und später ihre Herrschaft zu festigen.

Außerdem ist allen gemein, daß sie nicht das Interesse der Arbeiterklasse im Auge haben, sondern vom Kapital bezahlt werden, damit dieses die uneingeschränkte Herrschaft über die Produktionsmittel übernehmen kann. Deshalb finanziert das Kapital ja in Krisenzeiten die Nazis, egal ob die sich rechts oder links gebärden.

Deshalb müssen wir als Linke jede Organisation der Nazis zerschlagen und dürfen es ihnen nicht erlauben, ihre Rattenfängerparolen unters "Volk" zu bringen. Ihre soziale Propaganda müssen wir entlarven, anstatt Gemeinsamkeiten damit zu entdecken.

Auch dürfen wir nicht als Bezirksbürgermeister Nazi-Demos aus Opportunismus erlauben oder, wie andere Teile der PDS, Anti-Nazi-Demos ablehnen.

Nazis verdienen es nicht, daß wir sie ungestört ihre Plakate kleben lassen; sie ungestraft ihre Lügen verbreiten dürfen; noch das wir ihnen eine öffentliche Plattform oder Aufwertung geben.

Sie haben nur eines verdient, einen kräftigen Tritt in den Arsch !!!

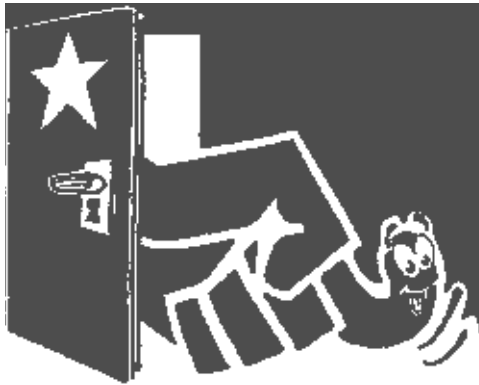
Für das Verbot aller faschistischen Organisationen!

DEMO in Köln gegen NAZI-Aufmarsch Pfingstsonntag,

22.5.1999



Alle zusammen gegen die braune Pest!



Marxismus für Einsteiger

Einheitsfront

★ WERNER KLEIN

Was ist Einheitsfront?

Die Einheitsfront ist eine Taktik, um die Arbeitermassen oder andere Linke für die Politik der Kommunisten zu gewinnen. Für das Verständnis dieser Taktik ist es notwendig, den unterschiedlichen Sinn der revolutionären Partei einerseits und der Bewegung andererseits zu verstehen und beides klar zu trennen.

Die Anarchisten, Linksruck oder auch manche Zentristen verstehen sich z.B. selber als Bewegung, da können sie nie die Taktik der Einheitsfront verstehen. Die Stalinisten sehen sich als einzige Arbeiterpartei, da gibt es gar keine Taktik, die anderen Parteien werden einfach erschossen.

Die Bewegung sind die Massen, die sich um einen Punkt kümmern, z.B. Gewerkschaftskampf, Antiatomkampf, Antinazikampf, Flüchtlingsfrage, Antikriegskampf usw. Alle gehören sie zur Arbeiterbewegung, sobald sie sich um Forderungen gruppieren, die den Arbeitern nützen und dem Kapital schaden. Der Gewerkschaftskampf ist der innerbetriebliche, und die anderen Kämpfe sind die ausserbetriebliche Arbeiterbewegungen.

Die Partei sind die Kollegen oder Arbeiterorientierten, die sich um eine Theorie herum sammeln. In der Arbeiterbewegung gibt es mehrere Parteien: die Sozialdemokraten, Anarchisten, Stalinisten, Trotzisten und die Internationalen Sozialisten. Sie kämpfen jeweils innerhalb der Arbeiterbewegung für ihre Politik.

Im Kampf gegen das Kapital müssen wir immer zusammenstehen, eine

Spaltung würde uns nur schwächen. In der Frage der langfristigen Ziele gilt es aber, die Klarheit in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen also innerhalb der Arbeiterbewegung, auch wenn die anderen Kollegen erst mal noch bürgerliche Ideen vertreten, für unsere Ziele kämpfen.

Deshalb ist die einzige, aber wichtige Bedingung für uns innerhalb der Einheitsfront auch die "Freiheit der Propaganda", sonst macht die Einheit keinen Sinn.

Auch das konkrete Kampfziel kann man nicht erreichen oder halten, wenn man letztlich nicht den Vorschlägen der Kommunisten folgt, deshalb ist dieser Kampf sinnlos und ohne Ziel.

Wenn uns sehr häufig Linke ansprechen, dass wir doch bitte mit den anderen zusammen gehen sollen, so steckt da ein richtiger und ein falscher Gedanke dahinter: Richtig ist, dass alle gegen das Kapital zusammenkämpfen müssen, nur falsch ist, dass man dies in der Partei tut. Unsere Stärke, die marxistische Theorie könnten wir dann ja nicht mehr propagandieren.

Um die Anhänger der Sozialdemokratie oder der Stalinisten gewinnen zu können, ist es auch notwendig, zeitweilige Zweckbündnisse mit deren Führung einzugehen. Nur dann werden sie sich auch von uns ansprechen lassen. Meist wird die SPD mit den Kommunisten gar kein Bündnis eingehen, aber dann haben wir unseren Willen gezeigt, und der "schwarze Peter" des Spalters liegt bei der sozialdemokratischen Führung.

Trotzki fasste das Denken der

Kominternführung in der Einheitsfront-Frage im Februar 1922 zusammen:

»Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die proletarische Revolution zu führen... um dies zu erreichen, muss sich die Kommunistische Partei auf die bewertigende Mehrheit der Arbeiterklasse stützen... Die Partei kann dies nur erreichen, wenn sie eine absolut unabhängige Organisation mit klarem Programm und strikter interner Disziplin bleibt. Deshalb auch musste die Partei unweigerlich mit den Reformisten und Zentristen ideologisch brechen... Nachdem sie für die vollkommene Unabhängigkeit und ideologische Homogenität in ihren eigenen Reihen gesorgt hat, kämpft die Kommunistische Partei um Einfluss über die Mehrheit der Arbeiterklasse... Es ist aber vollkommen klar, dass das Klassenleben des Proletariats während dieser Vorbereitungsphase vor der Revolution nicht eingefroren ist. Zusammenstöße mit den Unternehmern, mit der Bourgeoisie, mit der Staatsmacht, auf Initiative der einen oder anderen Seite, laufen weiter.

In diesen Zusammenstößen erfahren die Arbeiter - soweit sie die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse, deren Mehrheit oder auch des einen oder anderen Teils der Klasse betreffen - die Notwendigkeit der Aktionseinheit, der Einheit in der Verteidigung gegen das Kapital... oder der Einheit in der Offensive dagegen. Eine Partei, die sich diesem Bedürfnis mechanisch entgegenstellt... wird im Bewusstsein der Arbeiter unausbleiblich verurteilt werden.

Deshalb ist die Frage der

Einheitsfront keineswegs, weder ihrem Ausgangspunkt noch ihrem Inhalt nach, eine Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Kommunistischen Parlamentsfraktion und der der Sozialisten, oder zwischen den Zentralkomitees beider Parteien...

Das Problem der Einheitsfront ergibt sich aus der dringenden Notwendigkeit, ungeachtet der aktuell unvermeidlichen Spaltung der politischen Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, dieser die Möglichkeit der Einheitsfront im Kampf gegen die Kapitalisten zu sichern ... überall dort, wo die Kommunistische Partei eine grosse, organisierte Kraft darstellt, nicht aber die entscheidende Macht ist... wird sie mit der Frage der Einheitsfront in all ihrer Dringlichkeit konfrontiert...

Die Einheit an der Front verlangt von uns daher die Bereitschaft, innerhalb gewisser Grenzen und in spezifischen Fragen, in der Praxis unsere Aktionen mit denen der reformistischen Organisationen abzustimmen, insofern letztere heute noch den Willen bedeutender Sektionen des kämpfenden Proletariats vertreten.

Haben wir mit ihnen denn nicht schon gebrochen? Doch, weil wir mit ihnen in den grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung nicht bereinstimmen.

Und trotzdem suchen wir mit ihnen eine bereinkunft? Ja, überall dort, wo die Massen, die ihnen folgen, bereit sind, sich an einem gemeinsamen Kampf mit den Massen, die uns folgen, zu beteiligen, und wo sie, die Reformisten, in grösserem oder minderm Umfang gezwungen werden, zu einem Instrument des Kampfes zu werden... in vielen Fällen und vielleicht sogar in der Mehrheit der Fälle werden organisatorische Vereinbarungen nur halb oder vielleicht gar nicht erreicht. Es ist aber notwendig, den kämpfenden Massen immer die Gelegenheit zu geben, sich selbst davon zu überzeugen, dass das Nichterreichen der Einheit in der Aktion nicht das Ergebnis unserer formalistischen Unvershnlichkeit, sondern der tatsächlichen Willenlosigkeit zum Kampf seitens

der Reformisten ist« (Trotzki, "The First Five Years", Band 2) Duncan Hallas, ein Mitbegründer der SWP, weist noch darauf hin, dass natürlich diese Taktik nur notwendig ist, wenn man noch wenig Einfluss hat.

»Die Taktik der Einheitsfront wird öfter missverstanden als beinahe jedes andere Element der revolutionären sozialistischen Tradition. Sie ist eine Methode des Kampfes um Einfluss und Unterstützung von einer Position der Defensive heraus und setzt die organisatorische und politische Unabhängigkeit der revolutionären Organisation voraus.

Die Taktik geht von der Annahme aus, dass eine nichtrevolutionäre Situation herrscht, in der die Revolutionäre Unterstützung nur unter einer Minderheit der Arbeiterklasse finden. Das wird erst auf der Basis eines steigenden Niveaus der Klassenkämpfe zu ändern sein, an denen sich grosse Anzahlen von Arbeitern beteiligen, unter denen viele Anhänger der reformistischen Organisationen sein werden. Die Einheitsfront ist eine Taktik, die darauf abzielt, diese Arbeiter für die Unterstützung der revolutionären Organisationen zu gewinnen, was unter günstigen Bedingungen verwirklichtbar ist. Sie ist kein Block für gemeinsame Propaganda zwischen revolutionären und reformistischen Organisationen, sondern eine begrenzte Vereinbarung zu irgendeiner Aktion.«

(Duncan Hallas: "Komintern", S. 51) Einheitsfront bedeutet also ganz gewiss nicht Solidarität mit den anderen Parteien, sondern bedeutet Solidarität mit der Basis. Das heisst natürlich auch, dass wir mit der Führung der anderen Parteien gemeinsame Aufrufe absprechen, anders würden wir gar nicht uns an deren Basis wenden können. Das heisst "Einheitsfront von oben". Demgegenüber propagieren die Stalinisten die "Einheitsfront von unten", was aber gar keine Einheitsfront ist, sondern eine sektiererische Politik. Sektiererisch ist die Politik, die die Positionen der eigenen Partei für eine Zusammenarbeit in der Ein-Punkt-Bewegung zur Bedingung macht.

Diese "Einheitsfront von unten" der Stalinisten beschreibt Trotzki folgendermassen:

»Mitte Juli erschien eine Broschüre mit Antworten Thlmanns auf 21 Fragen sozialdemokratischer Arbeiter darüber, wie man die "Rote Einheitsfront" schafft. Die Broschüre beginnt mit den Worten: "Machtvoll ist mit die Antifaschistische Einheitsfront vorwärts!" Am 20. Juli rief die Kommunistische Partei die Arbeiter zum politischen Streik auf. Der Appell fand keinerlei Widerhall. So offenbarte sich innerhalb von fünf Tagen der tragische Abgrund zwischen bürokratischer Schinderei und politischer Wirklichkeit.«

(Leo Trotzki: "Faschismus III", S. 18) In dieser Phase, noch zu Lenins Lebzeiten, entwickelten die Stalinisten eine ultralinke Linie jeglicher Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SPD, das, was sie später die "Sozialfaschismus-Theorie" nannten. Die SPD sei schlimmer als die Nazis, und die Linken seien die "linken Sozialfaschisten". Leider hielten viele Arbeiter diese Linie für logisch, weil sie kurz vorher noch von der SPD und ihrem Blutnoske tausendfach ermordet worden waren. Nur - die Ablehnung der Zusammenarbeit führte dazu, dass Hitler an die Macht kommen konnte. Das gleiche hätten wir heute. Eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der stalinistisch iranischen Tudeh-Partei führt zu einer Schwächung der Opposition und einer Stärkung der Mullahs. Eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der PKK führt zu einer Stärkung der Türkei oder einer Ablehnung der Zusammenarbeit mit den DKP-Stalinisten, den Vertretern der Bourgeoisie, die Millionen von Arbeitern umgebracht hatte, würde z.B. zu einer Stärkung der NATO und der westlichen Imperialisten führen.

In Hannover schloß die Linke die PKK 1982 von einem gemeinsam begangenen 1.-Mai-Fest aus, weil die PKK dazu aufgerufen hatte, eigene Abtrünnige und andere Linke zu ermorden. Das ist grundfalsch. Wir wollen doch mit der Basis der PKK diskutieren, würden uns aber auf diese Weise jeder Möglichkeit dazu berauben.

Das heisst aber nicht, dass wir uns bei einem Kampf zwischen den westlichen und den östlichen Imperialisten auf eine Seite stellen würden. Wir können aber nicht die einfachen DKP-Mitglieder mit dem russischen Staatsapparat gleichsetzen. Sie meinen den Klassenkampf meist

noch ehrlich, sind nur irreführt, und wir müssen sie vom richtigen internationalistischen Weg überzeugen.

Eine kluge Zusammenarbeit mit den Henkern führt nicht zu seinem Sieg, sondern zu einem Sieg des Nichtsektierers.

Als der Militärdiktator Kornilow im Juni 1917 das bürgerliche Russland unter der Regierung Kerenski angriff, verteidigten die Bolschewiki unter Lenin ihre Unterdrücker, obwohl diese sie tausendfach ins Gefängnis geworfen oder an der Front verbluten gelassen hatten. Trotzi empfahl sogar noch im Gefängnis einer Abordnung von Mastrosen, jetzt erst gemeinsam mit seinen Kerkermeistern gegen den faschistischen Terroristen vorzugehen.

Die Bolschewiki, die vorher auch unter den Arbeitern erst wenig bekannt waren, bekamen ab dann einen riesenhaften Zulauf und die Mehrheit im Petrograder Arbeiterrat. Ohne die Einheitsfronttaktik hätte es gar keine erfolgreiche russische Revolution gegeben.

Aber die Ablehnung der Einheitsfront in Deutschland führte dazu, dass die KPD keine neuen Schichten mehr von der SPD gewinnen konnte. Sie führte zu einer Schwächung der Linken und zum Sieg Hitlers. Nun, im Konzentrationslager, als es zu spät war, verfielen die Stalinisten ab 1936 in das Gegenteil, die Volksfront. Sie empfiehlt nicht nur einen gemeinsamen Kampf, sondern eine gemeinsame Regierung bei der Unterordnung unter den bürgerlichen Partner. Dies ist eine Politik der Unterstützung des Kapitalismus, und letztlich bedeutet dies einen Kampf gegen die Arbeiter, wie man es in Schanghai oder in Spanien 1936 erlebt hat.

Ein erfolgreicher Kampf der Arbeiter kann nur siegreich mit der Einheitsfronttaktik geführt werden. Dabei ist immer, wie anfangs schon gesagt, auf die eigene Propaganda zu bestehen, auf den Aufbau der eigenen Organisation - auch im embryonalen Zustand.

Deshalb machen wir unsere Intensität, den Stärkegrad der Unterstützung, davon abhängig, wie wir uns in dieser oder um diese Bewegung selbst aufbauen können, wie weit sich dort unsere Zeitungen und Broschüren verkaufen, kurz, unsere Ideen verbreitern lassen.

Es gilt, in der Bewegung einen unerbittlichen politischen Kampf gegen die Verräter der Sozialdemokratie, gegen die Verbrecher Stalin, Mao, Che, Pol Pot und wie sie alle heissen, gegen bürgerliche Pazifisten und Feministen, gegen anarchistische Kinder und trotzistische Traumtänzer zu führen. Es gilt, in der Bewegung die

Was sagen Marxisten zur Arbeitszeitflexi- bilisierung?

Tagaus, tagein von acht Uhr Morgens bis fünf am Nachmittag zur Maloche. Das ist für uns alle ein Alptraum. Hinzu kommt noch das ständig steigende Arbeitsaufkommen und der Druck von Chefs, Kunden, Patienten und so weiter.

Da erscheint jede Möglichkeit, flexibler zu arbeiten, sich die Arbeitszeit eventuell selbst einzuteilen, als grosse Auflockerung des täglichen Trotts. Aus diesem Grund sind die modernen Flexibilisierungsmöglichkeiten bei den Kollegen durchaus nicht unbeliebt.

Doch Skepsis ist geboten: Es gibt verschiedene Flexibilisierungsmodelle, die meist von den Arbeitgebern vorgeschlagen werden. Oft mit dem Argument, die Produktivität an Saisonbedingungen anzupassen, den Standort zu sichern oder ähnliches.

Bei diesen Argumenten wird deutlich, dass an der Flexibilisierung der Arbeitszeit die Bosse das Hauptinteresse haben.

Es gibt Modelle, bei denen drei Monate im Jahr nicht gearbeitet wird, dafür aber in den anderen neun Monaten um so härter rangeklotzt werden muss. Andere Modelle fordern etwa Schichtarbeit auf Abruf an. Ist

die Schicht gut besetzt, kann der eine zu Hause bleiben; stellt sich erst kurz vorher heraus, dass sie schlecht besetzt ist, wird mal eben schnell noch einer angerufen, der sich dann auf die Socken machen muss. Auch andere Modelle sind gängig.

Eine freiere Entfaltung der individuellen Bedürfnisse ist hierbei nicht möglich.

Das grösste Problem bei der Flexibilisierung ist, dass - entgegen allen Beteuerungen der Bosse - dadurch Arbeitsplätze eingespart und wegrationalisiert werden können. Der Arbeitsplatzabbau kann bis zu einem gewissen Punkt weitergehen. Die Arbeit der entlassenen Kollegen muss von den Übrigbleibenden übernommen werden, was den Druck auf diese wiederum steigert.

Mit Ausnahme der Gleitzeit, wo der Arbeiter sich selber entscheiden kann, ob er an einem Tag früher und am anderen später zur Arbeit geht oder ähnliches, lehnen wir Marxisten die Flexibilisierung des Arbeitslebens nach Unternehmerbedarf grundsätzlich ab.

Sie entspricht weder den individuellen noch den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen, sondern unterstützt ausnahmslos die Unternehmer dabei, die Ausbeutung zu verschärfen.

★

Klassenkampf

Der Klassenkampf ist DEINE Zeitung!



ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO

Jahresabo (6 Ausgaben) DM 20, inkl. Porto

Ja, ich möchte den Klassenkampf abonnieren!

DM 20,- sind beigelegt!*

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

Weitere Infos unter: 0221 - 510 17 96

Ausschneiden und schicken an: N. Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln

* Oder Betrag überweisen auf: Postgiroamt (PGA) Hannover, BLZ 250 100 30, Kto. Nr. 1409 93-301 Vermerk: KK-Abo

"Der Terror der Ökonomie" von Viviane Forrester

★ BERND WACHSMANN



Der Spiegelbestseller "Der Terror der Ökonomie" von Viviane Forrester liegt nun erstmals als Taschenbuch vor und lockt mit seinem niedrigem Preis von 14,90 DM und seinem reißerischem Titel. Leider sind und bleiben das die einzigen Punkte, die für diesen Bestseller sprechen. Genaugenommen fällt es sogar schwer, dieses Buch ernsthaft zu besprechen, da es über weite Strecken kaum wirklichen Inhalt birgt.

Dieses Buch stellt angeblich eine »lei-denschaftliche Anklage gegen das menschenverachtende Kalkül der Wirtschaftsunternehmen« dar und die Autorin sei eine »Symbolfigur einer neuen Protestbewegung« geworden.

Im Endeffekt ist das Buch aber nur eine Aneinanderreihung von leeren Worthülsen und Momentaufnahmen der blutigen und unbarmherzigen Wirklichkeit im Kapitalismus.

Forrester fordert zwar, daß die Worte Kapitalismus und Klassenkampf wieder aktuell werden müssen, denn das System (Kapitalismus) sei ja auch noch aktuell, aber ansonsten hat dieses Buch mit einer

linken Analyse nicht mehr viel zu tun.

Auch ruft sie nicht zum Klassenkampf und zum Sturz des kapitalistischen Systems auf, diese Möglichkeit scheint für sie nicht zu existieren.

Forrester hatz.B. auch falsche Ansichten vom Zusammenspiel Kapital und Staat. Sie scheint immer noch von einem "neutralen" Staat auszugehen, der früher existiert hat und erst jetzt seine Macht an die Kapitalistenklasse abtreten mußte.

Deshalb sieht sie den Gegner auch weniger in den "heimischen" Kapitalisten, die "ihren" Staat ja selbst geschaffen haben, u.a. damit er sie gegen "ausländische" Kapitalisten verteidigt. Für sie scheinen, genauso wie bei der DKP mit der Stamokaptheorie, die alleinigen Gegner »die wahren Schaltstellen der Macht, die multinationalen Konzerne und die Hochfinanz« zu sein. (S. 152)

Sie erkennt zwar ausnahmsweise richtig, daß diese »dem Zugriff staatlicher Instanzen und überhaupt jeder effektiven Kontrolle entzogen werden« und sie es in Wahrheit sind, »die die Staatsmacht unter Druck setzen und

kontrollieren.« (S. 152)

Aber in Wirklichkeit ist der Kapitalismus ja nicht erst ein Verbrechen, seitdem er "Neoliberalismus" getauft wurde oder seitdem sich nationale Unternehmen international ausbreiten und stärker werden. Die kapitalistische Ausbeutung war von Anfang an ein Verbrechen. Die Unternehmen benutzen ihren Staat schon immer als Unterdrückungsinstrument.

Aber es sind für Forrester nicht nur die "Hochfinanz" und die bösen "multinationalen Unternehmen", nein, es ist irgendwie ja auch eine Verschwörung.

»Statt der vermeintlichen Kämpfe wird nur ein Spiel gespielt; es braucht zwar mehrere Teilnehmer,



Soeben erschienen:

linke opposition Nr. 17

Sonderausgabe zum Thema: Kunst und Sozialismus

Artikel:

Marxismus und Kunst / Die Kunst der Oktoberrevolution

DM 5,- / 2,5 e

lo 17 und weitere Broschüren zu bestellen bei:

Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln
Bestellungen per email: intersoz@netcologne.de

doch haben alle an der Verschwendung Beteiligten ein und dasselbe Ziel und hängen ein und derselben verschleierte Ideologie an. Alle Beteiligten spielen im selben, höchst exklusiven Club... Was ist mit Konkurrenz, was mit Wettbewerb? Sie finden nur innerhalb des Clubs statt und erfolgen mit Zustimmung aller seiner Mitglieder. Man steckt unter einer Decke... Konkurrenz und Wettbewerb halten die Unternehmen und Märkte weit weniger im Atem, als immer behauptet wird, vor allem nicht so, wie dies immer behauptet wird. Die weltweiten, multinationalen Zusammenschlüsse sind viel zu stark miteinander verzahnt und verzahnt, als daß ihnen Konkurrenz und Wettbewerb ihnen echte Sorgen bereiten könnten.« (S. 178, f)

Wenn man vermuten könnte, daß sie die "Ultra-Imperialismus-Theorie" schon mal gehört hat, könnte man vermuten, sie übertrüge diese auf die Wirtschaftsunternehmen. Konkurrenz gibt es zwar noch, aber mehr so pro forma, Frau Forrester? Die Konkurrenz, die schlimmste Geißel des Kapitalismus, die nicht nur den Arbeiter sondern ironischerweise auch den Kapitalisten in ihren Fängen hält, ist eigentlich abgeschafft?

Außerdem, welchen Schluß kann man daraus ziehen? Wir müssen zurück zum "nationalen Kapitalismus", weg von "Hochfinanz" und "Verschwörung", zurück zur guten alten Zeit, wo der "neutrale" Staat die "einheimischen" Kapitalisten noch unter Kontrolle hatte? Leider gab es diese Zeit nie, Frau Forrester!

Anstatt andauernd irgendwelche französischen Theaterstücke oder Dichter und Philosophen zu erwähnen (oder ihre "lebenserfahrene Amme Beppa"), hätte sie besser mal Marx zitiert, obwohl unwahrscheinlich erscheint, daß sie diesen überhaupt jemals gelesen hat.

Richtig erkennt sie, daß die Unternehmen immer höhere Gewinne machen und das nicht, obwohl die Arbeitslosenzahlen steigen, sondern gerade deswegen. Aber sie eiert nur herum, wie schrecklich dies alles sei und wie schlecht es den Leuten (Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern etc.) geht, weiß aber keinen Rat, wie dies abzustellen sei.

Neue Denkanstöße sollen her, damit auch die Leute, die keine Arbeit haben,

irgendwie von den Unternehmensgewinnen profitieren. Wie denn, Madame Forrester, die "bösen, bösen" Wirtschaftsunternehmen werden ja wohl kaum was freiwillig rausrücken?! Natürlich ist es ungerecht, wenn Firmen Mitarbeiter entlassen, die Allgemeinheit für die Kosten dafür aufkommen lassen (Arbeitslosigkeit, Steuermindereinnahmen etc.), selbst aber immer mehr Gewinne machen. Aber wie wollen sie das ändern, Madame Forrester? Mit Moralpredigten? Oder mit der von Ihnen toterklärten Arbeiterklasse oder mit Hilfe des impotenten Staates?

Obwohl sie dies im Buch an einer Stelle karikiert, stellt sie wirklich nur ein gutes Beispiel von intellektueller Rumlaberei dar, ohne wirklich die Realität ändern zu wollen. Oder glaubt sie, wenn alle gutwilligen Menschen Einfluß auf die Kapitalisten nehmen, würde sich etwas ändern? Und das, obwohl sie die Wirtschaftsriesen als allmächtig darstellt. Die Arbeiterklasse kommt kaum in ihren Überlegungen vor, welch Wunder, prognostiziert sie doch ein »Ende der Arbeit«.

Der große Irrtum der Autorin ist es, ein ewiges Wachstum der Unternehmen anzunehmen und das dies mit nur noch einer ganz geringen Zahl von Arbeitskräften möglich sei. Richtig ist, daß die Arbeit in der Zukunft entweder von Wenigen gemacht werden kann, die trotzdem viel arbeiten müssen oder von Vielen, die weniger arbeiten. Doch ist das logische Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems doch bereits jetzt absehbar.

Der tendenzielle Fall der Profitrate ist unzweifelhaft noch da, die Gewinne (z.B. in BRD seit 1982) verdanken die Unternehmen nicht einem angeblichem

Prosperieren des Marktes, sondern dem Wegkürzen beim Proletariat, sozusagen dem "Klassenkampf von oben", den erst Kohl und jetzt Schröder fürs Kapital durchführte/durchführt.

Außerdem kann der Kapitalist ja den Mehrwert nur aus den Arbeitern herauspressen, wenn er nur noch Maschinen da stehen hat, kann er die nicht auspressen. Außerdem, wer soll dann die Produkte kaufen?

Es wäre eine interessante Vorstellung, die ehemaligen Arbeiter sitzen zu Hause, die Maschinen produzieren von alleine und die Ex-Arbeiter profitieren davon. Nur leider ist dies eine (noch nicht mal durchdachte) Utopie.

Denn solange aber die Arbeiter nicht über die Maschinen verfügen, werden diese über sie herrschen. Den Mehrwert, den die Arbeiter mit den Maschinen produzieren, kassiert eben der Maschinenbesitzer, der Kapitalist ein und die "zu Hause" sitzenden Arbeiter schauen in die Röhre bis der Strom abgestellt wird und sie vor Hunger nicht mehr schauen können (abgesehen davon, daß sie dann auch ihr "zu Hause" verlieren).

Nein, nein, Frau Forrester, sie vergessen eben, daß die Arbeit die einzige Quelle des Profits ist und daß, solange der Arbeiter von seinem Produkt entfremdet wird, die von den Arbeitern in der Vergangenheit produzierten Maschinen über die Gegenwart der Arbeiter herrschen. Der Kapitalismus ist eine grauenvolle Welt, wo der Schatten der dunklen Vergangenheit seine Krallen in das Leben der Gegenwart schlägt und im Schweiß und Blut der Arbeiter erstickt.

Den Terror der Ökonomie, sprich, den




CD-ROM mit
allen Texten,
vielen
Klassikern,
viele Bilder!
DM 6,-

Zu bestellen bei:
Norbert Nelte,
Xantener Str. 3b,
50733 Köln
Bestellungen per email:

Bücherkiste der IS

Bücher sind Waffen

Tony Cliff		Studie über Rosa Luxemburg	5,00 DM*
		Staatskapitalismus in Ru land	16,00 DM*
Chris Harman		S rekli Devrim - bir degerlendime	2,00 DM
		Frauenbefreiung und Klassenkampf	2,50 DM*
		Ru land - Wie die Revolution scheiterte	2,00 DM*
		Das ist Marxismus	5,00 DM*
		Gramsci gegen Reformismus (Haenisch: Bordiga)	2,00 DM*
		Wohin treibt der Kapitalismus?	5,00 DM*
		Parti ve Sinif	2,00 DM
		Rusya'da Devrim ve Karsi Devrim	2,00 DM
Duncan Hallas	Kritik des orthodoxen Trotzkiismus		
	(Nelte, Gorbatschow: Trotzkiisten ratlos)	2,00 DM*	
	Geschichte der 4. Internationale	3,00 DM*	
	Die Komintern	12,00 DM*	
	Trotzki (Biographie), Cliff: Trotzki's revolution res Erbe,		
	Sedwa Trotzki: Bruch mit der 4. Internationalen	1,50 DM*	
	Trotzki's Marxismus	6,00 DM*	
John Molyneux	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM*	
	Die zukünftige sozialistische Gesellschaft	2,00 DM*	
	Das Wesen des Menschen	1,50DM*	
Alex Callinicos	Rasse und Klasse	3,00 DM*	
	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM*	
David McNally	A awidan Sosyalizm	3,00 DM	
Nigel Harris	Warum hungert die halbe Welt?	2,00 DM*	
John Rees	Trotzki und die Dialektik der Geschichte	2,00 DM*	
Binns/Haynes	Neue Theorien zu Osteuropa	2,00 DM*	
Peter Binns	Rusya'da Devlet Kapitalizmi	2,00 DM	
Maryam Poya	Iran 1979	4,00 DM*	
Luxemburg,			
Cliff, Harman	Partei und Klasse	6,00 DM*	
SWP-Autoren	Agitation und Propaganda	3,00 DM*	
SAG	Die Wurzeln der Arbeiterbewegung	5,00 DM	
e.p.	Kronstadt und Machno-Bewegung	3,00 DM*	
Norbert Nelte	Marxistische Wirtschaftstheorie - leicht gemacht	2,00 DM*	
	Markt oder Plan?	3,00 DM*	
	Klassenkampf	3,00DM*	
IS	Marx' historischer Materialismus (IS-Einführung)	2,00 DM*	
	Plattform, Gründungsresolution und Satzung	1,00 DM*	
	KK-Inhaltsverzeichnis	3,00 DM*	
	Schulungsmaterial	8,00 DM	
Klassiker:			
Marx/Engels	Ausgewählte Werke in einem Band	10,00 DM	
	Lohnarbeit und Kapital	2,50 DM*	
	Feuerbach	3,00 DM*	
	ökonomisch-Philosophische Manuskripte	8,00 DM*	
	Die Dialektik der Natur / Nur Diskette-Diskettenpreis:	2,00 DM*	
	Das Kapital, 1. Band / Nur Diskette-Diskettenpreis:	6,00 DM*	
	Das Kapital, 2. Band / Nur Diskette-Diskettenpreis:	4,00DM*	
Lenin	Ausgewählte Werke in einem Band	10,00 DM	
	Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit...	6,00 DM*	
	Staat und Revolution	6,00 DM*	
Lenin,			
Engels u.a.	Anarchismus ohne Perspektive	3,00 DM*	
Trotzki	Die Permanente Revolution	8,00 DM*	
	Kopenhagener Rede 1932	3,00 DM*	
	Kunst und Sozialismus	6,00 DM*	
	Ihre Moral und unsere	3,00 DM*	
	Faschismus I: Gegen den Nationalkommunismus u.a.	6,00 DM*	
	Faschismus II: Was nun?	7,00 DM*	
	Faschismus III: Der einzige Weg, u.a.	6,00 DM*	
	1917 - Die Lehren der Revolution	3,00 DM*	
	Ekim Dersleri	5,00 DM	
	S rekli Devrim Teorisi	2,50 DM	
	Aufsätze	5,00 DM*	
	Nationale Frage und nationale Minderheiten		
	(Cliff: Permanente Revolution)	5,00 DM*	
	Briefe an das ZK von 1923	4,00 DM*	
	Verteidigung des Marxismus	12,00 DM*	
Rosa			
Luxemburg	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	5,00 DM*	
	Sozialreform oder Revolution	5,00 DM*	

Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

5.5.1999 ★ Sozialisten und Krieg ★ Referat und Diskussion

12.5.1999 ★ Gipfel 99: Entschuldung der 3. Welt ★ Referat und Diskussion

19.5.1999 ★ Die Gene sind es nicht ★ Referat und Diskussion

26.5.1999 ★ Ist Keynes eine Alternative? ★ Referat und Diskussion

2.6.1999 ★ Vom Christentum zur Esoterik ★ Referat und Diskussion

9.6.1999 ★ Reihe Revolution re K pfe : Lenin ★ Referat und Diskussion

16.6.1999 ★ Gipfel 99: Europa meinetwegen, aber kein Europa der Bosse! ★ Referat und Diskussion

Sommerpause!

N chste Veranstaltung: 4.8.1999

UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 11.45 bis 13.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der Uni K ln

BONN

Donnerstags, 20.00 Uhr
Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, Bonn

13.5.1999 ★ Wie ist das Verh ltnis von Partei und Klasse? ★ Referat und Diskussion

3.6.1999 ★ Die Internationalen in der geschichte ★ Referat und Diskussion

WUPPERTAL

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr
Die B rse, Wolkenburg 100

6.5.1999 ★ Die Frankfurter Schule ★ Referat und Diskussion

20.5.1999 ★ Streitdiskussion mit der SDAJ, Wuppertal: Staatskapitalismustheorie ★ Referat und Diskussion

3.6.1999 ★ Marxistische konomie f r Einsteiger ★ Referat und Diskussion

17.6.1999 ★ 17. Juni 1953: Arbeiteraufstand in der DDR ★ Referat und Diskussion

Sommerpause vom 24.6. bis 31.7.99

MÜNSTER

Donnerstags, 20.00 Uhr
Baracke, Scharnhorststr. 100

13.5.1999 ★ 1979: Revolution im Iran ★ Referat und Diskussion

10.6.1999 ★ Aktuelles Thema ★ Referat und Diskussion

BOCHUM

Donnerstags, 20.00 Uhr
Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108

27.5.1999 ★ 50 Jahre BRD ★ Referat und Diskussion

Marxismustag

im Juni

Wuppertal
Samstag, den 15.6.1999,
13.00 Uhr

Die Börse,
Wolkenburg 100

Viele interessante
Themen



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der 'Klassenkampf' und die 'Linke Opposition' setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den 'Internationalen Sozialisten' anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!



Kostenlose Leseprobe

unter

0221 - 510 17 96

Schluß mit den NATO-Bomben!

Zum Ende des Jahrtausends stehen wir vor der Gefahr eines 3. Weltkrieges, dem Einsatz von Atomwaffen und damit dem endgültigen Aus für die Menschheit. Rußland drohte nämlich bereits bei dem Einmarsch von NATO-Bodentruppen mit dem Einsatz von Atombomben.

Gerade die Grünen, die aus der pazifistischen Tradition kommen, sind besonders mit ihrem Außenminister wesentlich an dieser Barbarei beteiligt.

Die PDS und die DKP, die auch aus der pazifistischen Tradition des Ostermarsches kommen, sind - zumindestens im Geheimen - auf Seiten der serbischen Kriegstreiber gegen die Kosovaren.

Was ist zu tun? Die Welt, die Parteien sind in sich zerrissen, und jeder Mensch ist es auch. Er ist auf der einen Seite gegen den Kriegswahnsinn und andererseits will er den Kosovaren beiseite stehen. Welche Haltung sollte man als Arbeiter, als Sozialist oder friedensliebender Bürger einnehmen?

Die imperialistische NATO erklärt, daß ihr Kriegsziel die Hilfe für die Menschen im Kosovo war und ist. Das war aber nicht das wirkliche Ziel. Es geht den Westmächten um Märkte und Einflußgebiete, wie in Kroatien und Bosnien, wo nur noch Handel mit dem Westen getrieben wird. 90% des Imports in Kroatien kommen von Deutschland.

Insbesondere will der Westen die Waffenlieferungen übernehmen. Daß es der NATO nicht um die Menschen geht, wird jetzt eindeutig mit den Bildern der Vertriebenen aus Mazedonien und Albanien bewiesen. Sie mußten tagelang in ihrer eigenen Scheiße stehen, und



viele wissen nicht mehr, wo sie etwas zu essen herkriegten. Sie werden einfach gegen ihren Willen irgendwo nach Australien oder in die Türkei deportiert.

Die USA will zwar 20.000 Vertriebenen aufnehmen, aber nur isoliert auf dem Truppenstützpunkt auf Kuba, fernab von

jedem normalen menschlichen Leben. So sieht die "Hilfe" des Oberimperialisten aus. Die Kosovaren werden nicht mehr von den Serben getötet, sondern von den US-Amerikanern in einem KZ-ähnlichen Lager entpersönlicht. Für ein Vierteljahr - und dann?

Dafür soll die Welt das Risiko eines 3. Weltkrieges eingehen? Nein, das kann nicht die wirkliche Haltung aller friedliebenden Menschen sein. Wir entfernen uns mit jedem Tag NATO-Bomben von dem eigentlichen Ziel, den Menschen im Kosovo zu helfen.

Nachdem die Serben Massenmorde an Frauen und Kindern im Kosovo verübten, fingen die Bombardements an mit dem Ergebnis, daß die Serben die Kosovaren vertrieben.

Es wurde weiter gebombt, und auch serbische Wohnhäuser mußten dran glauben, mit dem Ergebnis, daß die Serben die Kosovaren als lebende Schutzschilde einplanen.

Es wurde weiter gebombt, mit dem Ergebnis, daß der Imperialist Rußland einen Militärpakt mit Serbien schließt und droht, in den Krieg mit einzutreten.

Die Kriegsspirale schraubt sich immer weiter nach oben, und wir brauchen für den Frieden ein ganz anderes Mittel als die Kriegstreiberei.

Wir fordern im Westen als ersten

Fortsetzung auf Seite 4

Alle zusammen gegen die NAZIS!
DEMO in Köln gegen
Nazi-Aufmarsch:
Pfingstsonntag, 22.5.1999

